

## II. Grundlagen der Konzernabschlusspolitik

### 1 Einführung

Ziel dieses Kapitels ist es, die *notwendigen Grundlagen* für die Untersuchung der vorliegenden Arbeit darzulegen. Zunächst werden im *zweiten Gliederungspunkt* dieses Kapitels die *Grundlagen der IFRS-Konzernrechnungslegung* dargestellt. Hierzu gehören die Zwecke und die Funktionen der Konzernrechnungslegung, die Bestandteile des Konzernabschlusses, der Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses, die vorbereitenden Maßnahmen bei Aufstellung des Konzernabschlusses und die Konsolidierungsmaßnahmen bei Vollkonsolidierung. Ferner wird auf latente Steuern im Konzernabschluss eingegangen.

Im *dritten Gliederungspunkt* werden wichtige *begriffliche Grundlagen der Konzernabschlusspolitik* erläutert. Diese beziehen sich auf den Begriff sowie auf die Träger und Objekte der Konzernabschlusspolitik. Zudem wird die Konzernabschlusspolitik in diesem Gliederungspunkt als Teilpolitik der übergeordneten Konzernpolitik abgegrenzt und der Zusammenhang zwischen Konzernabschlusspolitik und Konzernabschlussanalyse erläutert.

Der *vierte Gliederungspunkt* beschäftigt sich mit den *Aktionsparametern der Konzernabschlusspolitik*. Diese werden zuerst kategorisiert. Im Anschluss daran werden grundlegende Ausprägungsformen von Aktionsparametern, die im Fortgang der Untersuchung betrachtet werden, festgelegt. Zuletzt werden konzernabschlusspolitische Aktionsparameter systematisiert und von konzernspezifischen Aktionsparametern, die der Untersuchung zugrunde gelegt werden, abgegrenzt.

Im *fünften Gliederungspunkt* werden die *Grenzen der Konzernabschlusspolitik* aufgezeigt. Konzernabschlusspolitische Gestaltungsmöglichkeiten stellen rechtlich bzw. normativ zulässige Maßnahmen bzw. Aktionsparameter dar. Illegale Handlungsweisen werden ausdrücklich nicht betrachtet. Aus diesem Grund werden in diesem Gliederungspunkt relevante Grenzbereiche aufgezeigt, die der Konzernabschlusspolitiker beim Betreiben der Konzernabschlusspolitik zu berücksichtigen hat.

Zu den Grundlagen der Konzernabschlusspolitik gehören auch die *Ziele der Konzernabschlusspolitik*. Diese werden aufgrund ihrer besonderen Bedeutung für das vorliegende Thema separat im dritten Kapitel dargestellt. Auch die Festlegung der *methodischen Vorgehensweise für den Fortgang der Untersuchung* erfolgt in diesem Kapitel.

## 2 Grundlagen der IFRS-Konzernrechnungslegung

### 2.1 Zwecke und Funktionen der Konzernrechnungslegung

Der grundlegende Zweck der Konzernrechnungslegung besteht darin, den Konzern so darzustellen, als handele es sich um ein einziges Unternehmen.<sup>18</sup> Dies ergibt sich implizit aus der in Anhang A zu IFRS 10 enthaltenen Definition zum Konzernabschluss. Dort heißt es:

*„Der Abschluss eines Konzerns, in welchem die Vermögenswerte, die Schulden, das Eigenkapital, die Erträge, Aufwendungen und Zahlungsströme des Mutterunternehmens und seiner Tochterunternehmen so dargestellt werden, als gehörten sie zu einer einzigen wirtschaftlichen Einheit.“*

Ein weiterer Zweck ergibt sich aus RK 12.<sup>19</sup> Nach dieser Norm sollen IFRS-Abschlüsse *entscheidungsstützliche Informationen* für möglichst viele Adressaten in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage eines Unternehmens zur Verfügung stellen. Hierbei wird eindeutig der Fokus auf die Adressatengruppe der Investoren gelegt. Als entscheidungsstützlich können Abschlussinformationen dann eingeordnet werden, wenn sie einen Adressaten in der Entscheidung, Anteile an einem Unternehmen zu kaufen, zu halten oder zu verkaufen, unterstützen. Im Zentrum der IFRS-Rechnungslegung und der IFRS-Konzernrechnungslegung steht damit die *Informationsfunktion*.

Abgeleitet aus RK 14 sind IFRS-Abschlussinformationen auch dann entscheidungsstützlich, wenn Adressaten mit Hilfe des IFRS-Abschlusses im Stande sind, die Leistung des Managements beurteilen zu können. Entscheidungsstützlich kann diese Information bei-

---

<sup>18</sup> So auch Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 279. Dies ergibt sich aus dem in der IFRS Konzernrechnungslegung gültigen Einheitsgrundsatz. Zum *Einheitsgrundsatz* vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 231. Ferner s. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 908.

<sup>19</sup> Der Zweck von IFRS Abschlüssen wird auch noch einmal explizit in IAS 1.9 aufgegriffen. Der Inhalt des IAS 1.9 ist in der Kernaussage mit der Zielsetzung des RK 12 identisch und wird daher an dieser Stelle nicht weiter ausgeführt.  
Anzumerken ist, dass sich die Ausführungen zum RK auf das RK aus dem Jahr 1989, das von der EU-Kommission als Anlage den endorssierten Standards im Jahre 2003 beigelegt worden ist, beziehen. Dieses RK wird seit längerem überarbeitet. Im September 2010 hat der IASB hierzu ein teilweise ersetzendes Conceptual Framework (CF) veröffentlicht. Im Mai 2015 hat das IASB erneut einen Exposure Draft (ED) hierzu herausgegeben. Dieser ED ist bis Oktober 2015 zur Kommentierung durch die Öffentlichkeit ausgeschrieben. Weitere Entwicklungen bleiben abzuwarten. Vgl. hierzu IASB, ED/2015/3, 2015.

spielsweise deshalb sein, weil auf ihrer Basis darüber geurteilt werden kann, ob die bestehende Konzernleitung bestätigt oder durch eine andere ersetzt werden sollte. Neben die Informationsfunktion tritt damit die *Managementbeurteilungsfunktion* als weiterer Konzernrechnungslegungszweck.

Ausdrücklich wird darauf hingewiesen, dass die IFRS-Konzernrechnungslegung weder dem Zweck des Gläubigerschutzes, der Ausschüttungsbemessung<sup>21</sup> noch dem Zweck der Steuerbemessung<sup>22</sup> dient.<sup>23</sup> Die Darstellung der entsprechenden Funktionen scheidet deshalb ebenfalls aus.

## 2.2 Bestandteile des Konzernabschlusses

Die Bestandteile eines IFRS-Konzernabschlusses ergeben sich für ein deutsches kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen unter Beachtung des § 315a Abs. 1 HGB aus den einschlägigen IFRS Normen, die gem. Art. 4 der IAS-Verordnung (VO)<sup>24</sup> von der

---

<sup>21</sup> Eine von der Europäischen Kommission an KPMG vergebene Studie zeigt, dass IFRS Jahresabschlüsse mit einem Solvenzttest grundsätzlich für Ausschüttungszwecke geeignet sind. Vgl. KPMG, Main Report, 2008; KPMG, Pressemitteilung vom 01.02.2008. Weitergehende Entscheidungen hat die Europäische Kommission bisher nicht getroffen. Zur Eignung der IFRS für Ausschüttungszwecke wird weiterführend auf Hennrichs, Ausschüttungszwecke, 2008, S. 415-432 verwiesen.

Eine Untersuchung von *Waschbusch und Loewens* auf die Frage, ob der IFRS Abschluss eine „*quasi Ausschüttungsbemessungsfunktion*“ für DAX-, MDAX- und SDAX-Unternehmen erfüllt, belegt, dass DAX-Unternehmen weitgehend auf Basis von Ergebnisgrößen des IFRS-Konzernabschlusses ihre Dividendenbemessung kommunizieren. Zur üblichen Praxis von DAX-Unternehmen gehört es, einen Zielkorridor der Dividendenausschüttung an den Kapitalmarkt zu kommunizieren. Dieser Zielkorridor wird üblicherweise in Form von Spannweiten i. H. v. 20 bis 40 % des IFRS Konzernergebnisses oder einer konkreten Zielkennzahl, wie z. B. 40 % des Konzernergebnisses, formuliert. Bei MDAX- und SDAX-Unternehmen ist eine Kapitalmarktkommunikation in dieser Art und Weise weitgehend nicht so stark ausgeprägt. Vgl. zur aufgeführten Studie Waschbusch/Loewens, Monofunktionalität, 2013, S. 252 ff.

<sup>22</sup> Die Eignung einer IFRS Bilanz für Zwecke der steuerlichen Gewinnermittlung hat *Herzig* in einem Gutachten für das Bundesfinanzministerium untersucht. Seinem Urteil zufolge dürfte die IFRS Bilanz für eine unmittelbare Anknüpfung an die steuerliche Gewinnermittlung in der EU ausscheiden. Das IFRS Normenwerk könnte als Anfangspunkt für die Entwicklung einer eigenständigen europäischen steuerlichen Gewinnermittlung genutzt werden. Vgl. Herzig, Gewinnermittlung, 2004, S. 465. Das zuvor genannte Gutachten ist ebenfalls in dem zuvor benannten Titel enthalten. Aktuell prüft die Europäische Kommission die Einführung einer einheitlichen europäischen körperschaftsteuerlichen Bemessungsgrundlage. Zu den Grundzügen dieser Bemessungsgrundlage vgl. BMF, Gutachten, 2007. Weiterführend s. Patek, Vereinheitlichung, 2007, S. 229-246. Kritisch hierzu vgl. Krawitz/Karthaas, Harmonisierte europäische Gewinnermittlung, 2008, S. 339-365; Patek, Ergebnisermittlung, 2015.

<sup>23</sup> Vgl. Wawrzinek in: Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 2, Rz. 40.

<sup>24</sup> Als IAS-VO wird nachfolgend die Verordnung (EG) Nr. 1606/2002, 2002 bezeichnet.

europäischen Kommission im Rahmen des Endorsementverfahrens<sup>25</sup> anerkannt wurden. Zusätzlich muss ein Konzernlagebericht nach § 315 HGB erstellt werden.

Zu berücksichtigen ist, dass die Anforderungen an den Konzernlagebericht gem. § 315 HGB im *Deutschen Rechnungslegungsstandard (DRS)* 20 konkretisiert sind.<sup>26</sup>

Nach den internationalen Rechnungslegungsstandards ergeben sich die Bestandteile eines Konzernabschlusses nicht explizit aus einer speziellen Vorschrift. Diese können vielmehr aus den Abschlussbestandteilen des Einzelabschlusses, die in IAS 1.10 geregelt sind, abgeleitet werden.<sup>27</sup> Nach dieser Regelung besteht ein vollständiger Abschluss und damit auch ein Konzernabschluss aus:

- a) einer Konzernbilanz (*consolidated financial position*) zum Abschlussstichtag,
- b) einem Konzerngewinn oder -verlust und einem sonstigen Ergebnis für die Periode, im Folgenden als Konzerngesamtergebnisrechnung (*consolidated statement of comprehensive income*) bezeichnet,
- c) einer Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung (*consolidated changes in equity*) für die Periode,
- d) einer Konzernkapitalflussrechnung (*consolidated statement of cash flows*) für die Periode,
- e) dem Konzernanhang (*notes to the consolidated financial statements*), der eine zusammenfassende Darstellung der wesentlichen Rechnungslegungsmethoden und sonstigen Erläuterungen enthält<sup>28</sup> und

---

<sup>25</sup> Zum Endorsementverfahren s. weiterführend Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung, 2014, S. 70 ff.

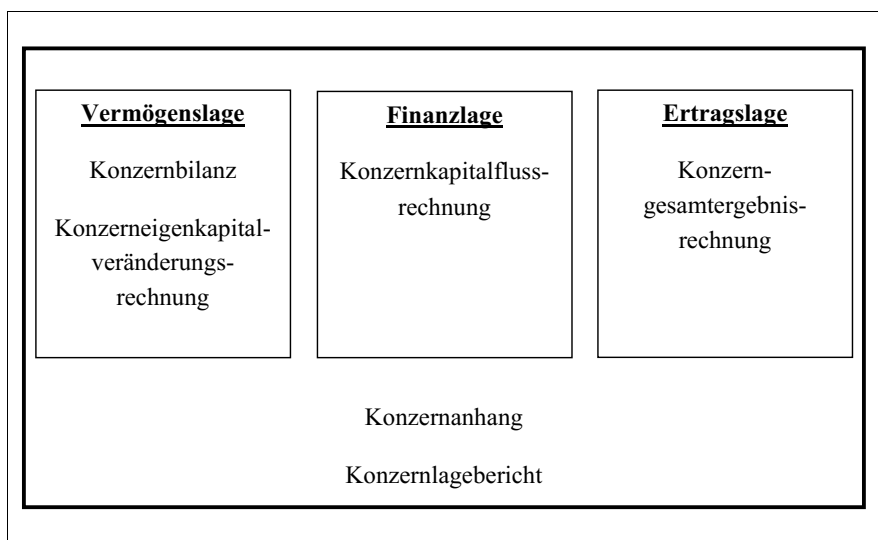
<sup>26</sup> Freiwillig kann ein deutsches kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen i. S. d. § 315a Abs. 1 HGB unter Anwendung der unverbindlich vom IASB herausgegebenen Leitlinie „*IFRS Practice Statement Management Commentary (PS MC)*“ einen sog. Management Commentary erstellen. Zum PS MC s. IASB, PS MC, 2010. Der Management Commentary stößt in Deutschland auf eine durch Lageberichterstattung und DRS konkretisierte Berichtserstattungspraxis, so dass auf weitere Ausführungen zum Management Commentary verzichtet wird. Zu weiteren Ausführungen zum Management Commentary s. Fink/Kajüter/Winkeljohann, Lageberichterstattung, 2013, S. 37 ff.

<sup>27</sup> Zu den Bestandteilen des IFRS-Konzernabschlusses s. auch Busse von Colbe/Ordeltz/ Gebhardt/Pellens, Konzernabschlüsse, 2010, S. 18; KPMG, IFRS, 2014, S. 12.

<sup>28</sup> Der Konzernanhang ist bei börsennotierten Gesellschaften gem. IFRS 8.20 um einen Segmentbericht zu erweitern.

- f) einer Konzernbilanz zu Beginn der frühesten Vergleichsperiode (*consolidated statement of financial position as at the beginning of the earliest comparative period*), wenn ein Unternehmen eine Rechnungslegungsmethode rückwirkend anwendet oder Posten im Abschluss rückwirkend anpasst, berichtigt oder umgliedert.

Der Konzernbilanz und der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung können Informationen über die Vermögenslage entnommen werden. Über die Finanzlage des Konzerns informiert die Konzernkapitalflussrechnung und über die Ertragslage die Konzerngesamtergebnisrechnung. Die im Konzernanhang und dem Konzernlagebericht nach § 315 HGB unter Berücksichtigung des DRS 20 enthaltenen Angaben können entweder den Informationsgehalt der zuvor genannten Abschlussbestandteile schwächen oder stärken. Inwieweit dies möglich ist, ist abhängig vom jeweiligen Einzelfall. *Abbildung 2* stellt die zuvor genannten Zusammenhänge grafisch dar.



*Abbildung 2: Zuordnung der Bestandteile des Konzernabschlusses zum Informationsgehalt in Bezug auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage*

### 2.3 Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses

Dem Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses kommt in dieser Arbeit besondere Bedeutung zu, da sich die Systematisierung konzernabschlusspolitischer Aktionsparameter<sup>29</sup> an diesem Prozess orientiert.

Mit Blick auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses werden grundsätzlich zwei Techniken voneinander differenziert. Unterschieden wird zwischen der *originären* und der *derivativen Konzernabschlusserstellung*.<sup>30</sup>

Unter einer originären Konzernabschlusserstellung versteht man, dass der Konzernabschluss analog zum Einzelabschluss durch einzelne Buchungen in einer eigenständigen Konzernbuchführung erstellt wird.<sup>31</sup> In der Praxis hat sich die derivative Konzernabschlusserstellung durchgesetzt.<sup>32</sup> Nach dieser Technik leitet sich der Konzernabschluss aus den einzubeziehenden Einzelabschlüssen ab.<sup>33</sup>

Ausgangspunkt für die Aufstellung eines Konzernabschlusses bildet die Vorlage aller Einzelabschlüsse, die in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Diese werden auch als *Handelsbilanzen I (HB I)*<sup>34</sup> bezeichnet. Im Rahmen dieser Arbeit werden hierunter generell die jeweiligen Bilanzen und die Gesamtergebnisrechnungen verstanden.

Liegen die in den Konzernabschluss einzubeziehenden Einzelabschlüsse vor, so sind auf diese vorbereitende Maßnahmen anzuwenden. Einzelabschlüsse, auf die die vorbereitenden Maßnahmen angewendet wurden, werden als *Handelsbilanzen II (HB II)*<sup>35</sup> bezeichnet. Dezidiert wird auf die einzelnen vorbereitenden Maßnahmen in Gliederungspunkt 2.4 eingegangen.

---

<sup>29</sup> Vgl. Gliederungspunkt 4.3.

<sup>30</sup> Vgl. Kessler/Strickmann in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 873; Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 84 f. Generell zu den Anforderungen an die Ausgestaltung eines Buchführungssystems zur Einrichtung einer Konzernbuchführung s. Pelka, Konzernbuchführung, 1994, S. 53 ff.

<sup>31</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 84 unter Verweis auf Pelka, Konzernbuchführung, 1994, S. 4.

<sup>32</sup> Vgl. Kessler/Strickmann in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 873.

<sup>33</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 84.

<sup>34</sup> Vgl. Kessler/Strickmann in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 874.

<sup>35</sup> Vgl. Theile/Pawelzik in: Heuser/Theile (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 5532, S. 878.

Im Anschluss an die vorbereitenden Maßnahmen erfolgt die Erstellung der *Handelsbilanz III (HB III)*, die auch als Neubewertungsbilanz<sup>36</sup> bezeichnet wird. In dieser werden stille Reserven und Lasten der erworbenen und übernommenen Vermögenswerte und Schulden aufgedeckt. Ein sich auf der Passivseite ergebender Differenzbetrag ist in eine *Neubewertungsrücklage* einzustellen. Da die Aufdeckung von stillen Reserven und der Ansatz von stillen Lasten allerdings auch im Rahmen der Konsolidierung möglich ist<sup>37</sup>, ist die HB III nicht explizit in *Abbildung 4* aufgeführt.

Im nächsten Schritt wird der *Summenabschluss* erstellt. Bei dem Summenabschluss handelt es sich um die Zusammenfassung der Zahlenwerte aller Einzelabschlüsse, auf die die vorbereitenden Maßnahmen bereits angewendet wurden. Sowohl die Bilanz als auch die Gesamtergebnisrechnung (*GuV II*) werden im Summenabschluss horizontal summiert und anschließend in einer Summe ausgewiesen.

Nachdem der Summenabschluss erstellt ist, sind die Ergebnisse durch *Konsolidierungsbuchungen* zu bereinigen. Im Rahmen der Konsolidierungsbuchungen wird zwischen der *Kapital-*, der *Schulden-*, der *Aufwands-* und *Ertragskonsolidierung* sowie der *Zwischenergebniseliminierung* unterschieden. Nähere Ausführungen zu diesen Konsolidierungsmaßnahmen finden sich unter Gliederungspunkt 2.5.

Im Anschluss an die Konsolidierung sind zur Aufstellung des Konzernabschlusses *weitere Maßnahmen* erforderlich. Bei diesen Maßnahmen handelt es sich um die Erstellung des Konzernanhangs, des Segmentberichts, der Konzernkapitalflussrechnung, der Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung und des Konzernlageberichts.

Zur Visualisierung des technischen Ablaufs der Aufstellung eines Konzernabschlusses wird auf die nachfolgende Abbildung verwiesen.<sup>38</sup>

---

<sup>36</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 288 f.; Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 931.

<sup>37</sup> Vgl. IDW (Hrsg.), WP-Hdb. Bd. I, 2012, M Tz. 354.

<sup>38</sup> Abbildung modifiziert entnommen aus Theile/Pawelzik in: Heuser/Theile (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 5532, S. 878.

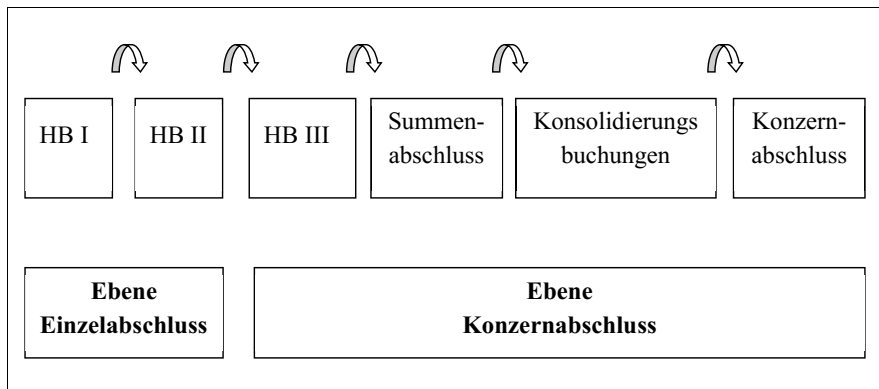


Abbildung 3: Technischer Ablauf bei der Aufstellung eines Konzernabschlusses

Der Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses wird in *Abbildung 4* auf der nächsten Seite beschrieben.<sup>39</sup>

<sup>39</sup> Die nachfolgende Abbildung orientiert sich an den Abbildungen „Schritte der Aufstellung eines Konzernabschlusses“ und „Die Maßnahmen zur Vereinheitlichung im Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses“ aus Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 9 und S. 131. Auch wenn die angegebenen Quellen sich auf einen HGB Konzernabschluss beziehen, kann der Prozess auch auf die IFRS-Konzernabschlusserstellung übertragen werden.





Abbildung 4: Prozess der Aufstellung eines Konzernabschlusses

## 2.4 Vorbereitende Maßnahmen

### 2.4.1 Einführung

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die nachfolgenden vorbereitenden Maßnahmen zu unterscheiden:

1. Ermittlung der Konzernrechnungslegungspflicht und Bestimmung des anzuwendenden Normensystems,
2. Abgrenzung des Konsolidierungskreises,
3. Vereinheitlichung der Abschlussstichtage,
4. Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und
5. Vereinheitlichung der Währung.

Diese Maßnahmen werden in den Gliederungspunkten 2.4.2 bis 2.4.6 näher erläutert.

### 2.4.2 Ermittlung der Konzernrechnungslegungspflicht und Bestimmung des anzuwendenden Normensystems

Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme *“Ermittlung der Konzernrechnungslegungspflicht“* wird geprüft, ob eine Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses besteht. Ob ein IFRS-Konzernabschluss aufzustellen ist, ergibt sich aus § 315a Abs. 1 HGB i. V. m. der IAS-VO. Nach deutschem Recht hat ein kapitalmarktorientiertes Mutterunternehmen einen Konzernabschluss dann aufzustellen, wenn es nach § 290 HGB hierzu verpflichtet ist. Wird die Konzernrechnungslegungspflicht nach der zuvor genannten Norm bejaht, so sind nach Art. 4 der IAS-VO die von der EU-Kommission anerkannten internationalen Rechnungslegungsstandards anzuwenden. Ferner sind die in § 315a Abs. 1 HGB aufgeführten handelsrechtlichen Normen zu beachten.<sup>40</sup>

---

<sup>40</sup> Eine zusammenfassende Darstellung der zu beachtenden handelsrechtlichen Normen befindet sich in Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 165 f.

Ausschlaggebend für die Beurteilung der Konzernrechnungslegungspflicht ist also die handelsrechtliche Vorschrift des § 290 HGB.<sup>41</sup>

Nach § 290 Abs. 1 HGB ist ein Konzernabschluss dann aufzustellen, wenn das Mutterunternehmen auf ein anderes Unternehmen (Tochterunternehmen) unmittelbar oder mittelbar einen *beherrschenden Einfluss* ausüben kann. Gemäß Gesetzesbegründung<sup>42</sup> liegt ein beherrschender Einfluss vor, wenn ein Unternehmen die Möglichkeit hat, die Finanz- und Geschäftspolitik eines Unternehmens dauerhaft zu bestimmen, um aus dessen Tätigkeit Nutzen zu ziehen.<sup>43</sup> Wann ein beherrschender Einfluss unwiderlegbar gegeben ist, ist in § 290 Abs. 2 HGB geregelt.<sup>44</sup>

Befreiungsregelungen von der Aufstellungspflicht eines HGB-Konzernabschlusses i. S. d. § 290 HGB sind in den §§ 291 – 293 HGB kodifiziert. Diese greifen für die im Rahmen der vorliegenden Arbeit betrachteten börsennotierten Unternehmen jedoch nicht. Für diese Unternehmen besteht lediglich die Möglichkeit die Konzernabschlusspflicht i. S. d. § 296 HGB zu vermeiden, wenn sie ausschließlich über nichteinbeziehungspflichtige Tochterunternehmen verfügen und das Wahlrecht gem. § 290 Abs. 5 HGB zur Nichteinbeziehung einheitlich für alle Tochterunternehmen ausüben. Bei den im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Unternehmen wird es grundsätzlich aufgrund der Größe und Bedeutung von Tochterunternehmen für das Konzernmutterunternehmen

---

<sup>41</sup> Vgl. zur Beurteilung der Konzernrechnungslegungspflicht in der Europäischen Union Theile/Pawelzik in: Heuser/Theile (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 5006, S. 792. Die handelsrechtliche Konzernrechnungslegungspflicht ist im DRS 19 konkretisiert. Mit Blick auf einen Rechtsvergleich zwischen HGB/DRS 19 und dem IFRS 10 sei auf Oser/Milanova, Aufstellungspflicht, 2011, S. 2027-2032 verwiesen. Mit Blick auf die Konkretisierung der Konzernrechnungslegungspflicht über den DRS 19 im Vergleich zu § 290 HGB sei auf Landgraf/Roos, Pflicht, 2011, S. 366-373 verwiesen. Anzumerken ist, dass in einigen wenigen Grenzfällen nach HGB eine IFRS Konzernrechnungslegungspflicht vorliegen kann, die auf Basis der IFRS Normen aufgrund eines abweichenden Konsolidierungskreises verneint werden muss. Vertiefend hierzu s. Küting/Mojadadr, Prüfungsansatz, 2012, S. 199. Zu den Sachverhalten, die einen unterschiedlichen Konsolidierungskreis zur Folge haben könnten, s. Grottel/Kreher in: Förtschle u. a. (Hrsg.), Beck'scher Bilanzkommentar, 2014, § 290, Rn. 131. Dieser Fall wird im Verlauf der weiteren Untersuchung nicht weiter betrachtet, so dass sich die Konzernrechnungslegungspflicht grundsätzlich aus § 290 HGB ergibt.

<sup>42</sup> Vgl. BT-Drs. 16/12407, 2009, S. 89.

<sup>43</sup> Weiterführend zum beherrschenden Einfluss s. Grottel/Kreher in: Förtschle u. a. (Hrsg.), Beck'scher Bilanzkommentar, 2014, § 290, Rn. 20 ff.

<sup>44</sup> Vertiefend zu den einzelnen Voraussetzungen s. Grottel/Kreher in: Förtschle u. a. (Hrsg.), Beck'scher Bilanzkommentar, 2014, § 290, Rn. 40 ff.

nicht möglich und auch i. d. R. nicht gewollt sein auf die Einbeziehung aller Tochterunternehmen zu verzichten. Weitere Ausführungen zum Einbeziehungswahlrecht unterbleiben deshalb an dieser Stelle.

Nach den Normen der IFRS ergibt sich die Konzernrechnungslegungspflicht aus IFRS 10. Nach IFRS 10.4 Satz 1 hat ein Mutterunternehmen grundsätzlich einen Konzernabschluss zu erstellen. Ein *Mutterunternehmen* ist gem. Anhang A zu IFRS 10 als ein Unternehmen definiert, das ein oder mehrere Unternehmen beherrscht. Der Tatbestand der Beherrschung ist in IFRS 10.6 definiert. Ein Mutterunternehmen beherrscht ein Tochterunternehmen nach dieser Norm nur dann, wenn es schwankenden Renditen aus der Beteiligung am Tochterunternehmen ausgesetzt ist bzw. Anrechte auf diese besitzt sowie die Fähigkeit, diese schwankenden Renditen mit Hilfe seiner Verfügungsgewalt über das Tochterunternehmen zu beeinflussen.<sup>45</sup> Ein *Tochterunternehmen* ist nach Anhang A zu IFRS 10 definiert als ein Unternehmen, das von einem anderen Unternehmen beherrscht wird.

Befreiungsvorschriften, die ein Mutterunternehmen von der Konzernrechnungslegungspflicht nach IFRS entbinden, existieren – bis auf eine Ausnahme – nicht. Bei Erfüllung der in IFRS 10.4 Satz 2 genannten Voraussetzungen kann ein Mutterunternehmen von der Konzernrechnungslegungspflicht befreit werden. Dieses Mutterunternehmen darf jedoch nicht kapitalmarktorientiert sein.<sup>46</sup> Für die betrachteten Unternehmen existiert damit nach IFRS keine explizite Befreiungsvorschrift von der Konzernrechnungslegungspflicht.

Die vorbereitende Maßnahme *“Bestimmung des anzuwendenden Normensystems“* setzt sich mit der Frage auseinander, ob ein HGB oder ein IFRS-Konzernabschluss aufgestellt werden muss oder ob wahlweise ein IFRS-Konzernabschluss i. S. d. § 315a Abs. 3 HGB

---

<sup>45</sup> Der Tatbestand der Beherrschung wird an späterer Stelle ausführlich dargestellt. Auf diese Ausführungen wird an dieser Stelle verwiesen. Vgl. Kapitel 4, Gliederungspunkt 2.1.2. Vorab anzumerken ist, dass im Rahmen der Beurteilung der Beherrschung ebenfalls wie nach deutschem Handelsrecht Präsenzmehrheiten und potenzielle Stimmrechte nach IFRS zu berücksichtigen sind. In Bezug auf eine vergleichende Analyse hinsichtlich der Behandlung von Präsenzmehrheiten in der HGB und der IFRS Rechnungslegung sei auf Rühl/Althoff, Präsenzmehrheit, 2012, S. 553 ff. verwiesen.

<sup>46</sup> Nach IFRS 10.BCZ18 war der IASB der Ansicht, dass das Informationsbedürfnis von Adressaten kapitalmarktorientierter Unternehmen am besten erfüllt wird, wenn ein Konzernabschluss aufgestellt wird, so dass die im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Unternehmen von der Befreiungsvorschrift ausgenommen wurden.

für ein deutsches Mutterunternehmen aufgestellt werden darf. Da in dieser Arbeit kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen betrachtet werden, die zur Aufstellung eines IFRS-Konzernabschlusses verpflichtet sind, stellt sich die Frage nach der Bestimmung des Normensystems nicht. Sobald eine Pflicht zur Aufstellung eines HGB-Konzernabschlusses nach § 290 HGB besteht, müssen die betrachteten Unternehmen zwingend gem. § 315a Abs. 1 HGB i. V. m. der IAS-VO einen IFRS-Konzernabschluss erstellen. Die Erfüllung des § 290 HGB wird im Rahmen der Untersuchung unterstellt. Ferner wird unterstellt, dass ein Konzernabschluss nach den Normen der IFRS aufzustellen ist. Die Möglichkeit zur Ausnutzung des Wahlrechtes i. S. d. § 315a Abs. 3 HGB, entweder einen HGB oder einen IFRS-Konzernabschluss aufzustellen, entfällt damit.<sup>47</sup>

Die Ausführungen zeigen, dass sich bei Ermittlung der Konzernrechnungslegungspflicht und bei Bestimmung des anzuwendenden Normensystems keine Gestaltungsmöglichkeiten für die im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Unternehmen ergeben. Eine weitere Detailanalyse zu diesem Aspekt scheidet aus diesem Grund für den Fortgang der Untersuchung aus.

### 2.4.3 Abgrenzung des Konsolidierungskreises

Bei der vorbereitenden Maßnahme „*Abgrenzung des Konsolidierungskreises*“ ist zu prüfen, welche Unternehmen in welcher Form in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises erfolgt für deutsche kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen, die zur Aufstellung eines IFRS-Konzernabschlusses verpflichtet sind, nach den Normen der auf EU-Ebene anerkannten internationalen Rechnungslegungsstandards. Dies ergibt sich auch explizit aus DRS 19.4. Zu beachten ist, dass ausgewählte handelsrechtliche Normen hierbei zu berücksichtigen sind (z. B. § 294 Abs. 3 HGB). Die anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sind § 315a Abs. 1 HGB zu entnehmen.

Nach den IFRS kann der Konsolidierungskreis in einen *Vollkonsolidierungskreis* und *sonstige einzubeziehende Unternehmen* differenziert werden.<sup>48</sup>

---

<sup>47</sup> Zur Konzernrechnungslegung nach HGB s. Scherrer, Konzernrechnungslegung, 2013.

<sup>48</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 126 ff.; Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung, 2014, S. 122 ff.

Der *Vollkonsolidierungskreis* umfasst neben dem Mutterunternehmen alle Tochterunternehmen.<sup>49</sup> Dieser Zusammenhang ergibt sich nicht explizit aus den Normen der IFRS, sondern kann aus der Definition des Begriffes „Konzernabschluss“ in Anhang A zu IFRS 10 erschlossen werden. Der Konzernabschluss wird laut dieser Definition ausschließlich durch die Mutter- und Tochterbeziehung determiniert, wobei ausschlaggebend das Vorliegen des Beherrschungskriteriums ist, denn Tochterunternehmen werden per definitionem vom Mutterunternehmen beherrscht.

Als *sonstige einzubeziehende Unternehmen* kommen die in *Abbildung 5* aufgezeigten Unternehmen, die unterhalb des Mutter- und des Tochterunternehmens dargestellt sind, in Betracht. Wie aus *Abbildung 5* hervorgeht handelt es sich bei den sonstigen einzubeziehenden Unternehmen um Gemeinschaftsunternehmen, assoziierte Unternehmen und einfache Beteiligungen. Diese Unternehmen werden im Folgenden im Einzelnen kurz definiert.

---

<sup>49</sup> Der Vollkonsolidierungskreis kann u. U. noch durch strukturierte Unternehmen erweitert werden. Strukturierte Unternehmen sind solche Unternehmen, die so konzipiert sind, dass die Stimmrechte oder äquivalente Rechte nicht die maßgeblichen Faktoren darstellen, wenn es um die Beurteilung der Beherrschung geht (vgl. Definition strukturierte Unternehmen IFRS 12 in Anhang A). Vgl. Lüdenbach/Freiberg, Beherrschungsbegriff, 2012, 41 ff.; Pollmann/Huth, Strukturierte Gesellschaften, 2014, S. 865 ff.; Zwirner/Boecker/Busch, Übergangskonsolidierung, 2014, S. 612. Vor Einführung des IFRS 10 wurden diese Unternehmen in SIC 12 als sog. Zweckgesellschaften bezeichnet. Vgl. hierzu Mojadadr, Zweckgesellschaften, 2013 verwiesen.

Ferner ist anzumerken, dass Investmentgesellschaften grundsätzlich vom Mutterunternehmen zu konsolidieren sind, sofern Beherrschung vorliegt. Nach IFRS 10.31 sind Tochterunternehmen von Investmentgesellschaften von der Verpflichtung zur Konsolidierung bei Vorliegen der Beherrschung ausgenommen. Diese Verpflichtung lebt allerdings unter Erfüllung der Voraussetzungen des IFRS 10.32 wieder auf. Für den weiteren Verlauf der Arbeit sei klargestellt, dass Investmentgesellschaften nicht Gegenstand der Betrachtung sind. Vertiefend zur Bilanzierung von Investmentgesellschaften s. Buschhüter, Investmentgesellschaften, 2013, S. 23 ff. Änderungen an IFRS 10, IFRS 12 und IAS 28 in Bezug auf Investmentgesellschaften hat der IASB am 18.12.2014 veröffentlicht. Laut EU endorsement status report ist mit einer Endorsierung dieser Änderungen auf EU Ebene im ersten Quartal 2016 zu rechnen. Vgl. EFRAG, report, 2015, S. 1.

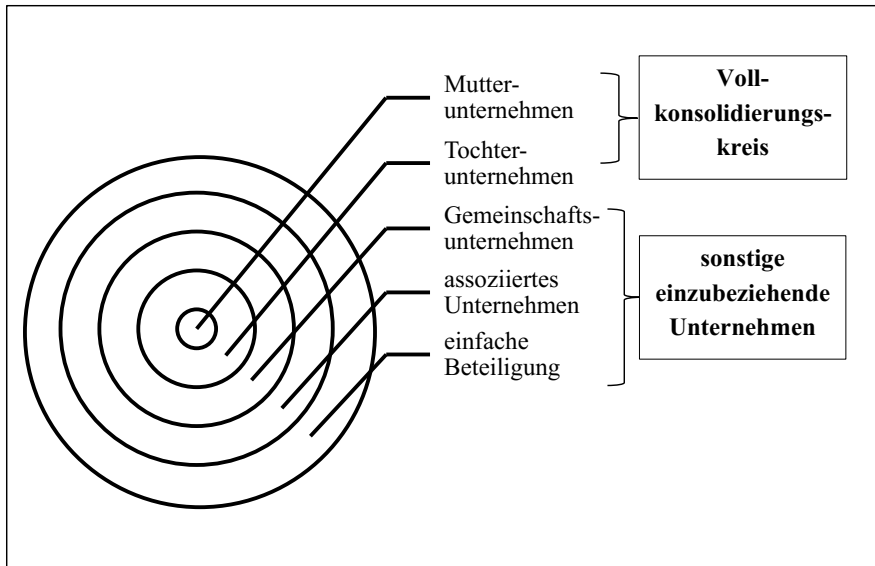


Abbildung 5: Konsolidierungskreis nach IFRS<sup>50</sup>

---

<sup>50</sup> Angelehnt an die grafische Darstellungsweise zum Konsolidierungskreis von Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung, 2014, S. 123.

Ein *Gemeinschaftsunternehmen* ist nach IFRS 11.16 eine gemeinsame Vereinbarung, bei der die Vertragsparteien, die gemeinschaftlich die Führung über eine Vereinbarung innehaben, Rechte am Nettovermögen der gemeinsamen Vereinbarung besitzen.<sup>51</sup>

Ein *assoziiertes Unternehmen* ist nach IAS 28.3 dadurch gekennzeichnet, dass der Eigentümer bei diesem Unternehmen über einen maßgeblichen Einfluss verfügt. Ein maßgeblicher Einfluss wird regelmäßig nach IAS 28.5 angenommen, wenn direkte oder indirekte Stimmrechte i. H. v. mindestens 20 % an einem Beteiligungsunternehmen vorliegen.

Eine *einfache Beteiligung*, d. h. eine Beteiligung mit einem Stimmrechtsanteil von kleiner als 20 % stellt einen finanziellen Vermögenswert i. S. d. IAS 39<sup>52</sup> dar. Als solcher ist diese Beteiligung im Konzernabschluss zu erfassen.

Eine Übersicht der für das Jahr 2014 bei den DAX 30 Unternehmen vorliegenden Tochterunternehmen sowie der sonstigen einzubeziehenden Unternehmen enthält *Tabelle 1*.

---

<sup>51</sup> Neben Gemeinschaftsunternehmen werden in Paragraph 6 des IFRS 11 gemeinschaftliche Tätigkeiten unter dem Oberbegriff *Gemeinsame Vereinbarungen* subsumiert. Nach dem Paragraphen 15 des IFRS 11 ist eine *gemeinschaftliche Tätigkeit* eine gemeinsame Vereinbarung, bei der die Vertragsparteien, die gemeinschaftlich die Führung über die Vereinbarung innehaben, Rechte an den der Vereinbarung zugrunde liegenden Vermögenswerten und Verpflichtungen aus den der Vereinbarung zugrunde liegenden Schulden haben. Auf die gemeinschaftliche Tätigkeit wurde im Zusammenhang mit dem Konsolidierungskreis nicht eingegangen, da eine gemeinschaftliche Tätigkeit gem. IFRS 11.20 nicht erst im Konzernabschluss erfasst wird, sondern im jeweiligen Einzelabschluss des Partnerunternehmens auf vorgelagerter Ebene in Form der modifizierten Quotenkonsolidierung zu berücksichtigen ist. Bei dieser Konsolidierungsart wird jeder Anteil an den Vermögenswerten, Schulden, Erlösen und Aufwendungen aus der gemeinschaftlichen Tätigkeit grundsätzlich anteilmäßig erfasst (vgl. IFRS 11.20). Weiterführend zu gemeinschaftlichen Tätigkeiten s. Böckem/Ismar, Joint Operations, 2011, S. 820 ff.; Küting/Seel, Quotenkonsolidierung, 2012, S. 587-595; Brune in: Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 30, Rz. 74; Böckem/Röhrich, Joint Operation, 2014, S. 1032-1042; Weber/Küting/Seel/Höfner, Tätigkeiten, 2014, S. 241-248. Grundsätzlich weiterführend zur Abbildung von gemeinschaftlichen Vereinbarungen s. Fuchs/Stübi, IFRS 11, 2011, S. 1451 ff.; Küting/Seel, Abgrenzung, 2011, S. 342 ff.; Eisenschmidt/Labrenz, Vereinbarungen, 2014, S. 25-35.

<sup>52</sup> Spätestens ab dem 01.01.2018 soll IAS 39 durch IFRS 9 ersetzt werden. Eine Endorsierung auf EU-Ebene steht derzeit noch aus. Mit dieser wird in der zweiten Jahreshälfte 2015 gerechnet. Vgl. EFRAG, report, 2015, S. 1. Aus diesem Grund wird nicht näher auf IFRS 9 eingegangen. Zu Gestaltungsspielräumen beim Übergang von IAS 39 auf IFRS 9 s. Kuhn/Hachmeister, Übergang, 2015, S. 233 ff.



	<b>Tochter- unternehmen</b>	<b>Gemeinschafts- unternehmen</b>	<b>assoziiertes Unternehmen</b>	<b>einfache Beteiligung</b>
Ø - Anzahl	403,33	10,25	21,47	8,12
Minimum	34	0	0	0
Maximum	2167	56	99	51
betrachtete Stichprobe	27	20	19	25

*Tabelle 1: Übersicht über die Anzahl von Tochterunternehmen und sonstigen einzubeziehenden Unternehmen in den DAX 30 Unternehmen im Jahr 2014<sup>53</sup>*

Nachdem beantwortet worden ist, welche Unternehmen zum Konsolidierungskreis gehören, stellt sich die Frage, in welcher Form diese Unternehmen in den Konzernabschluss einzubeziehen sind. *Tabelle 2* gibt Aufschluss über die jeweils anzuwendenden Einbeziehungsmethoden.

<b>Methode (normative Grundlage)</b>	<b>Unternehmensart</b>
Vollkonsolidierung (IFRS 10, IFRS 3)	Mutter- und Tochterunternehmen
Equity-Methode (IFRS 11 i. V. m. IAS 28)	Gemeinschaftsunternehmen
Equity-Methode (IAS 28)	assoziiertes Unternehmen
Finanzinstrument (IAS 39/IFRS 9)	einfache Beteiligung

*Tabelle 2: Einbeziehungsmethoden geordnet nach Unternehmensart*

---

<sup>53</sup> Die in der Tabelle aufgeführten Daten stammen aus einer eigenen Untersuchung der Geschäftsberichte der DAX 30 Unternehmen. Bei Tochterunternehmen beträgt die betrachtete Stichprobe anstatt 30 Unternehmen 27 Unternehmen, da Banken und Versicherungen aus der Betrachtung ausgeschlossen wurden. Im Fall von Gemeinschaftsunternehmen, assoziierten Unternehmen und einfachen Beteiligungen konnten die benötigten Angaben teilweise nicht eindeutig identifiziert werden. Aus diesem Grund sind die betrachteten Stichproben kleiner als 27. Nur wenn eine eindeutige Identifikation der benötigten Angaben erfolgen konnte, wurde das jeweilige Unternehmen im Rahmen der Stichprobe betrachtet.

Die Methode der *Vollkonsolidierung* ist im einstufigen Konzern für das Mutterunternehmen und all seine Tochterunternehmen anzuwenden.<sup>54</sup> Bei der Vollkonsolidierungsmethode werden die Einzelabschlüsse der zuvor bezeichneten Unternehmen vollständig in den Konzernabschluss einbezogen. Zu beachten ist, dass auf diese Abschlüsse die vorbereitenden Maßnahmen sowie die einschlägigen Konsolidierungsmaßnahmen anzuwenden sind. Eine unveränderte Übernahme der Einzelabschlüsse in den Konzernabschluss muss vor diesem Hintergrund i. d. R. verneint werden.

Die *Equity-Methode* ist gem. IAS 28.16 zum einen bei Gemeinschaftsunternehmen und zum anderen bei assoziierten Unternehmen anzuwenden. Hält das Mutterunternehmen entweder eine Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen und/oder an einem assoziierten Unternehmen, so hat es die jeweilige Beteiligung nach IAS 28.10 zunächst zu Anschaffungskosten anzusetzen.<sup>55</sup> In den Folgeperioden erhöht oder vermindert sich der Buchwert der jeweiligen Beteiligung um den Gewinn oder Verlust, der der jeweils betrachteten Beteiligung zuzuschreiben ist. Die Gewinn- bzw. Verlustzuschreibung ist dabei erfolgswirksam zu verbuchen.<sup>56</sup>

Eine *einfache Beteiligung* des Mutterunternehmens wird im Konzernabschluss grundsätzlich als Finanzinstrument i. S. d. IAS 39 zum beizulegenden Zeitwert bewertet.

Da sich der Analyserahmen dieser Arbeit auf Unternehmen des Vollkonsolidierungskreises bezieht, wird im weiteren Verlauf ausschließlich auf die Methode der Vollkonsolidierung eingegangen. Lediglich im Zusammenhang mit der Abgrenzung des Konsolidierungskreises wird auf die Equity-Methode und die Bewertung von Finanzins-

---

<sup>54</sup> Vgl. Böckem/Stibi/Zoeger, IFRS 10, 2011, S. 399. Ausnahmen von dem Grundsatz, Gemeinschaftsunternehmen und assoziierte Unternehmen nach der Equity-Methode zu bilanzieren, sind in IAS 28.17 – 19 formuliert. Diese werden weitergehend nicht betrachtet.

<sup>55</sup> Im Falle eines negativen Geschäfts- oder Firmenwertes erhöhen sich gem. IAS 28.32 (b) die Anschaffungskosten um den anteiligen negativen Geschäfts- oder Firmenwert, der ertragswirksam zu vereinnahmen ist. Vgl. von Wysocki/Wohlgemuth/Brösel, Konzernrechnungslegung, 2013, S. 207.

<sup>56</sup> Zur bilanziellen Abbildung von Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen mit Hilfe der Equity-Methode sei weiterführend auf Pellens/Fülbier/Gassen/Sellhorn, Internationale Rechnungslegung, 2014, S. 805 ff. und auf Richter, Equity Methode, 2014, S. 289-297 verwiesen. Mit Blick auf die Umstellung der Quotenkonsolidierung auf die Equity-Methode bei Gemeinschaftsunternehmen s. Küting/Wirth, Umstellung, 2012, S. 150 ff.

trumenten eingegangen. Dies liegt darin begründet, da bei Nichtherstellung der Beherrschung an einem Tochterunternehmen fraglich ist, wie die verbleibende Beteiligung im Konzernabschluss zu bilanzieren und zu bewerten ist.<sup>57</sup>

#### 2.4.4 Vereinheitlichung der Abschlussstichtage

Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme „*Vereinheitlichung der Abschlussstichtage*“ ist zu prüfen, ob die Abschlussstichtage des Mutterunternehmens und seiner Tochterunternehmen übereinstimmen. Grundsätzlich müssen die bei der Aufstellung des Konzernabschlusses verwendeten Abschlüsse des Mutterunternehmens und seiner Tochterunternehmen nach IFRS 10.B92 denselben Abschlussstichtag aufweisen.

Weicht der Abschlussstichtag des Tochterunternehmens von dem Abschlussstichtag des Mutterunternehmens ab, so hat das Tochterunternehmen nach IFRS 10.B92 „*zusätzliche Finanzangaben*“ mit demselben Abschlussstichtag wie dem des Mutterunternehmens zu erstellen. Diese Regel ist allerdings nur einschlägig, *sofern dies durchführbar ist*. Was unter dem Begriff „zusätzliche Finanzangaben“ zu verstehen ist, wird weder in IFRS 10 noch an einer anderen Stelle in den Standards konkretisiert. In der einschlägigen Literatur wird anstatt des Begriffes der „zusätzlichen Finanzangaben“ der Begriff des „*Zwischenabschlusses*“ verwendet.<sup>58</sup> Im Folgenden wird in Anlehnung an die allgemeine Literaturauffassung davon ausgegangen, dass es sich bei den zusätzlichen Finanzangaben grundsätzlich um einen Zwischenabschluss i. S. d. IAS 34 handelt.<sup>59</sup>

*Bei Undurchführbarkeit* der Aufstellung eines Zwischenabschlusses ist das jeweilige Tochterunternehmen unter Einbeziehung des letzten Einzelabschlusses in den Konzernabschluss einzubeziehen und zu konsolidieren. Diese Vorgehensweise ist allerdings nach IFRS 10.B93 nur innerhalb einer Frist von drei Monaten vor und nach dem Konzernabschlussstichtag zulässig. Wann der Tatbestand der Undurchführbarkeit erfüllt ist, ist in den Standards nicht erläutert. Im Zeitalter der computergestützten Datenverarbei-

---

<sup>57</sup> Vgl. hierzu im Einzelnen Kapitel 4, Gliederungspunkt 2.1.2.5 und 2.1.4. Ferner s. Kapitel 5, Gliederungspunkt, 2.1.1 und 2.1.3.

<sup>58</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 232; Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss, 2014, S. 635.

<sup>59</sup> Mit Blick auf die IFRS Zwischenberichterstattung wird vertiefend auf Tesch, Zwischenberichterstattung, 2010, die Dissertation von Kiehne, Entscheidungsnützlichkeit, 2012 sowie auf Ammedick/Strieder in: Hennrichs u. a. (Hrsg.), MüKoBilR, 2014, IAS 34, Rn. 1 ff. verwiesen.

tung dürfte die Aufstellung eines Zwischenabschlusses lediglich in den Fällen undurchführbar sein, in denen erforderliche Daten nicht zur Verfügung stehen und auch nicht unter Berücksichtigung des Kosten- bzw. Nutzenpostulates i. S. d. RK 44 kurzfristig verfügbar gemacht werden können.

Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang, dass die letzten Abschlüsse des Tochterunternehmens um bedeutende Geschäftsvorfälle oder Ereignisse zwischen dem Abschlussstichtag des Tochterunternehmens und dem Konzernabschlussstichtag des Mutterunternehmens anzupassen sind. Wie diese Anpassungen vorzunehmen sind, wird in den Standards nicht näher ausgeführt. Die einschlägige Kommentarmeinung vertritt die Auffassung, dass Angaben lediglich im Anhang nicht ausreichen, sondern zusätzlich Korrekturbuchungen vorzunehmen sind.<sup>60</sup>

#### **2.4.5 Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden**

Nach IFRS 10.19 hat ein Mutterunternehmen Konzernabschlüsse unter Verwendung einheitlicher Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden für gleichartige Geschäftsvorfälle zu erstellen.

Die Abschlüsse von in den Konzernabschluss einzubeziehenden Unternehmen müssen nach IFRS 10.B87 nach den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden, die das Mutterunternehmen anwendet, aufgestellt sein. Bei Abweichungen muss grundsätzlich eine Anpassung an die vom Mutterunternehmen angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden erfolgen.

Die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung ermöglicht es, dass auf Konzernabschlussebene Bilanzierungs-, Bewertungs- und Ausweiswahlrechte abweichend von der Einzelabschlussebene ausgeübt werden können. Eine eigenständige Konzernabschlusspolitik im Vergleich zur gewählten Jahresabschlusspolitik auf Einzelabschlussebene ist somit möglich. Wie der vorangegangene Zusammenhang erkennen lässt, werden einzelabschlusspolitische Aktionsparameter durch die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung in konzernspezifische Aktionsparameter transformiert.<sup>61</sup>

---

<sup>60</sup> Vgl. Brune in: Bohl u.a (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 32, Rz. 24.

<sup>61</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 250.

Organisatorisch wird die einheitliche Bilanzierung und Bewertung sowie der Ausweis im Konzern üblicherweise durch eine sog. *Konzernabschlussrichtlinie* sichergestellt.<sup>62</sup>

Die nachfolgende Tabelle vermittelt einen Überblick über bestehende Wahlrechte und Ermessensspielräume. Angemerkt sei, dass die vorgenommene Auflistung keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Im Rahmen der Herausarbeitung von konzernspezifischen Aktionsparametern bei der Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wird auf die nachfolgend aufgezeigten Aktionsparameter ausdrücklich nicht eingegangen, da die Wirkungen einzelabschlusspolitischer Aktionsparameter hinreichend bekannt sind und eine Analyse dieser den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.<sup>63</sup>

<b>Fundstelle</b>	<b>Beschreibung des Aktionsparameters</b>	<b>betrifft Bilanzierung, Bewertung oder Ausweis</b>
RK 29-30	Ansatzwahlrecht in Bezug auf unwesentliche Vermögenswerte und Schulden	Bilanzierung
IAS 1.34 i. V. m. IAS 37.54	Ausweiswahlrecht: Die Möglichkeit Aufwendungen aus der Zuführung von Rückstellungen mit Erträgen aus der Aktivierung damit zusammenhängender Erstattungsansprüche zu saldieren und hierdurch die Struktur der GuV zu gestalten	Ausweis
IAS 1.60	Ausweiswahlrecht: Grundsätzlich ist die Bilanz nach Fristigkeit zu gliedern. Liefert eine Gliederung nach Liquidität eine zuverlässigere und relevantere Information, so ist diese Darstellung zu bevorzugen.	Ausweis

<sup>62</sup> Unter einer Konzernabschlussrichtlinie versteht man eine konzernweit gültige Anweisung, die die Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Konsolidierungsfragen im Konzern zum Gegenstand hat. Weiterführend zur Konzernabschlussrichtlinie s. Küting/Scheren, Organisation I, 2010, S. 1899 ff. In der Literatur wird auch anstatt des Begriffes der Konzernabschlussrichtlinie der Begriff der Konzernbilanzrichtlinie verwandt. Diese beiden Begriffe werden in dieser Arbeit grundsätzlich synonym verwandt. Zur Konzernbilanzrichtlinie s. Brune in: Bohl u. a. (Hrsg.) Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 32, Rz. 27. Zur effizienten organisatorischen Gestaltung des Konsolidierungsprozesses s. weiterführend Küting/Scheren, Organisation II, 2010, S. 1951-1958.

<sup>63</sup> Vgl. Kapitel 4, Gliederungspunkt 2.3.

<b>Fundstelle</b>	<b>Beschreibung des Aktionsparameters</b>	<b>betrifft Bilanzierung, Bewertung oder Ausweis</b>
IAS 1.81A	Ausweiswahlrecht bei der Aufgliederung der Gesamtergebnisrechnung: Die Gesamtergebnisrechnung kann entweder als ein Rechenschema dargestellt werden oder sich aus GuV und sonstigem Ergebnis zusammensetzen.	Ausweis
IAS 1.99	Wahlrecht, die GuV nach Umsatz- oder Gesamtkostenverfahren zu erstellen	Ausweis
IAS 2.25	Bewertungswahlrecht für austauschbare Vorräte (Zulässigkeit der FIFO-Methode und der Durchschnittsmethode)	Bewertung
IAS 7.33	Wahlrecht, Zinsen und Dividenden im Cash-Flow aus betrieblicher Tätigkeit oder im Cash-flow aus Finanzierungs- bzw. Investitionstätigkeit auszuweisen	Ausweis
IAS 11.32	Ermessensspielraum: Teilgewinnrealisierung nur bei verlässlicher Schätzung des Fertigstellungsgrades	Bewertung
IAS 12.24 und 12.34	Ermessensspielraum bei den Aktivierungsvoraussetzungen für latente Steuern	Bilanzierung
IAS 12.24 und 12.34	Ermessensspielraum bei der Bewertung aktiver latenter Steuern	Bewertung
IAS 16.14 i. V. m. BC 5-12	Ermessensspielraum beim Ansatz in Bezug auf Abgrenzung zwischen Herstellungskosten und Erhaltungsaufwand	Bilanzierung
IAS 16.29 und IAS 38.72	Wahlrecht in Bezug auf die Folgebewertung für immaterielle Vermögenswerte bei Vorhandensein eines aktiven Marktes und für Sachanlagen	Bewertung
IAS 16.62 und IAS 38.106	Wahlrecht bei der Abschreibungsmethode	Bewertung
IAS 19.76	Ermessensspielräume bei der Festlegung versicherungsmathematischer Annahmen (z. B. Lohn- und Gehalts-, Rententrend, Fluktuation, erwartete Rendite eines Planvermögens) zur Berechnung der Pensionsrückstellung und ähnlicher langfristiger Verpflichtungen gegenüber Arbeitnehmern	Bewertung

<b>Fundstelle</b>	<b>Beschreibung des Aktionsparameters</b>	<b>betrifft Bilanzierung, Bewertung oder Ausweis</b>
IAS 20.24	Ausweiswahlrecht, erhaltene Zuwendungen der öffentlichen Hand als passivischen Abgrenzungsposten darzustellen oder vom Buchwert des entsprechenden bezuschussten Vermögenswertes abzusetzen (Nettomethode).	Ausweis
IAS 23.7, 23.10 i. V. m. 23.11	Ermessensspielraum bei der Aktivierung von Fremdkapitalzinsen für qualifizierte Vermögenswerte	Bilanzierung
IAS 27.10	Bewertungswahlrecht für Beteiligungen an Tochterunternehmen, Joint Ventures und assoziierten Unternehmen im Einzelabschluss	Bewertung
IAS 36.110 ff.	Ermessensspielräume bei der Wertaufholung für einzelne langfristige Vermögenswerte sowie Gruppen von langfristigen Vermögenswerten; Ermessensspielräume bei der Bemessung von Wertminderungen	Bewertung
IAS 37.37	Wahlrecht als bestmögliche Schätzung innerhalb der Rückstellungsbewertung entweder den Ablösebetrag oder einen Übertragungsbetrag zu wählen	Bewertung
IAS 38.18	Ermessensspielraum beim Ansatz im Hinblick auf die Abgrenzung der Definition eines immateriellen Vermögenswertes	Bilanzierung
IAS 38.57	Ermessensspielraum bei den Aktivierungsvoraussetzungen für selbst geschaffene immaterielle Vermögenswerte	Bilanzierung
IAS 40.30	Wahlrecht in Bezug auf die Folgebewertung bei Finanzinvestitionen	Bewertung
IFRS 2.19	Ermessensspielraum bei der Schätzung der Performance eines Unternehmens bei der Bewertung von ausgegebenen Aktienoptionen	Bewertung

Tabelle 3: Ausgewählte Aktionsparameter auf Einzelabschlussenebene<sup>64</sup>

<sup>64</sup> Modifiziert zusammengestellt aus Tanski, Bilanzpolitik, 2006, S. 37 ff. und Eiselt/Müller, Gestaltung, 2011, S. 27 ff. unter Beachtung der aktuell auf EU-Ebene gültigen IFRS Normen.

### 2.4.6 Vereinheitlichung der Währung

Der IFRS-Konzernabschluss eines deutschen kapitalmarktorientierten Mutterunternehmens muss nach § 315a Abs. 1 HGB zwingend unter Beachtung des § 244 HGB in deutscher Sprache und in deutscher Währung aufgestellt werden. Bevor der Konzernabschluss in Euro aufgestellt werden kann, müssen also die Währungen aller in den Konzernabschluss einzubeziehenden Einzelabschlüsse von ausländischen Tochterunternehmen vereinheitlicht werden.<sup>65</sup> Die Währungsumrechnung ist dabei maßgeblich in IAS 21 geregelt.<sup>66</sup> IAS 21 unterscheidet zwischen der *Darstellungswährung* und der *funktionalen Währung*.<sup>67</sup>

Nach IAS 21.8 wird die Währung, in der der Konzernabschluss veröffentlicht wird, als *Darstellungswährung* bezeichnet. Es wird für den weiteren Verlauf der Untersuchung angenommen, dass die Darstellungswährung der funktionalen Währung des Mutterunternehmens entspricht. Es ist jedoch auch möglich, dass das Mutterunternehmen beispielsweise aus Gesichtspunkten des Controllings auf freiwilliger Basis ergänzend einen Konzernabschluss in einer anderen Währung erstellt. Dieser Fall wird vorliegend nicht betrachtet, da er den Rahmen dieser Arbeit sprengen würde.<sup>68</sup> Bezogen auf den im Rahmen dieser Arbeit betrachteten Konzernabschluss ist die Darstellungswährung damit der Euro und alle einzubeziehenden Abschlüsse müssen in diese Darstellungswährung umgerechnet werden.

Unter der *funktionalen Währung* ist nach IAS 21.8 die Währung des primären Wirtschaftsumfeldes, in dem das jeweils betrachtete Unternehmen tätig ist, zu verstehen. Das primäre Wirtschaftsumfeld ist nach den Normen der IFRS definiert als das Umfeld, in

---

<sup>65</sup> Von der Umrechnung ausländischer Geschäftsbetriebe, d. h. in den Konzernabschluss einzubeziehender Unternehmen, ist die Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften im Einzelabschluss zu unterscheiden (IAS 21.3). Vgl. hierzu auch Zwirner/Busch/Froschhammer, Fremdwährungsumrechnung, 2012, S. 590-595. Im Folgenden wird die Darstellung und die Analyse von Aktionsparametern bei Umrechnung von Fremdwährungsgeschäften im Einzelabschluss nicht betrachtet.

<sup>66</sup> IAS 21 wird durch IFRIC 16, der Details zur Absicherung von Sicherungsbeziehungen in einen ausländischen Geschäftsbetrieb regelt, ergänzt. Ferner wird IAS 21 durch IAS 29 und IFRIC 7 ergänzt. Der zuvor genannte Standard und die aufgeführte Interpretation behandeln die Währungsumrechnung bei Hyperinflation. Die ergänzenden Interpretationen und der ergänzende Standard werden im weiteren Verlauf nicht näher betrachtet.

<sup>67</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 172.

<sup>68</sup> Hierzu s. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2011, S. 237.



dem ein Unternehmen hauptsächlich Zahlungsmittel erwirtschaftet und aufwendet (IAS 21.9), d. h. in dem Umfeld, in dem es maßgeblich wirtschaftlich aktiv ist.

Aus *Abbildung 6* geht hervor, wie bei der Umrechnung von Fremdwährungsabschlüssen vorzugehen ist.<sup>69</sup>

---

<sup>69</sup> Eine andere inhaltlich gleichbedeutende Darstellungsweise ergibt sich z. B. aus Gassen/Davarcioğlu/Fischkin/Küting, Währungsumrechnung, 2007, S. 176.

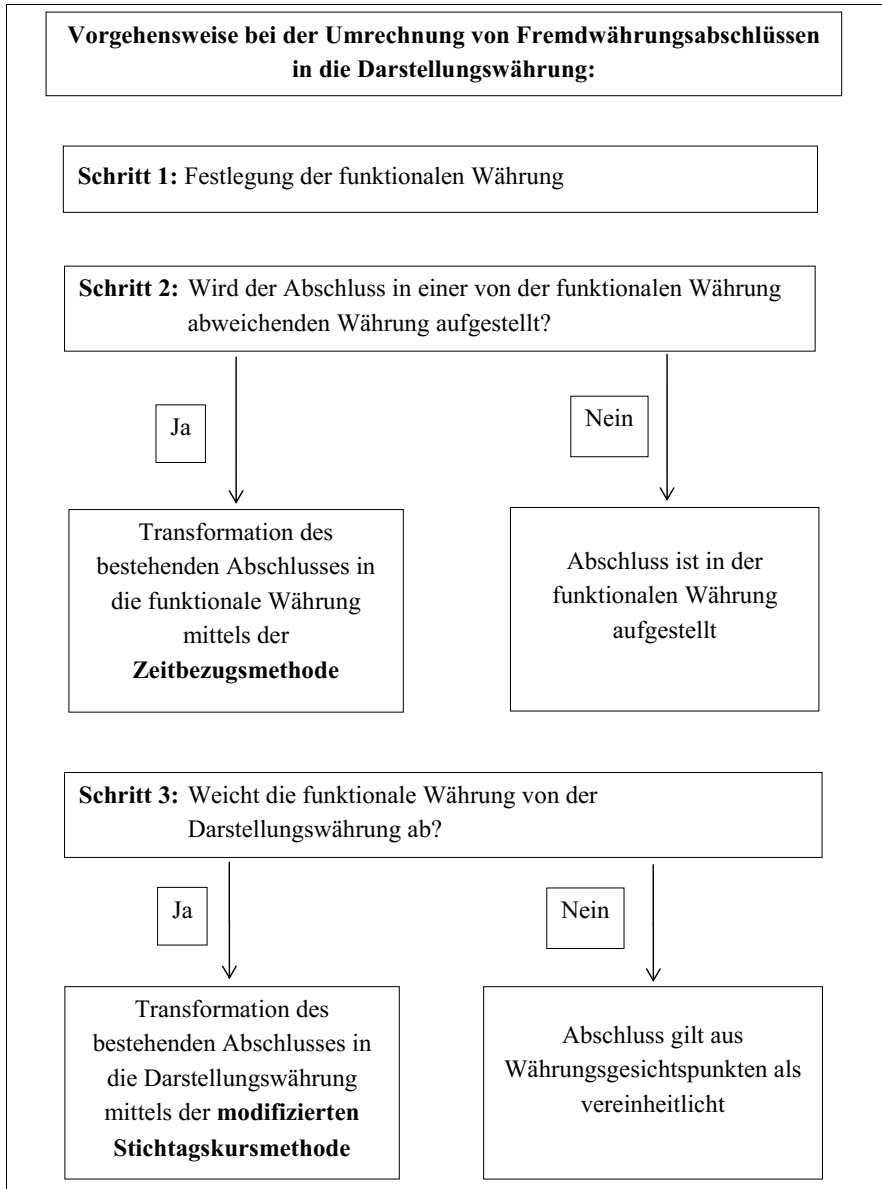


Abbildung 6: Vorgehensweise bei der Umrechnung von Fremdwährungsabschlüssen

Mit Blick auf die *Zeitbezugsmethode* ist die Erst- von der Folgebewertung zu unterscheiden. Nach IAS 21.21 erfolgt die Erstbewertung zu dem im Transaktionszeitpunkt gültigen Kassakurs.<sup>70</sup> Nach IAS 21.23 hat die Folgebewertung wie folgt zu erfolgen:

- Monetäre Posten<sup>71</sup> sind mit dem Stichtagskurs umzurechnen;
- nicht monetäre Posten<sup>72</sup>, die zu historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten in einer Fremdwährung bewertet wurden, sind zum historischen Kurs umzurechnen;
- nicht monetäre Posten, die zum beizulegenden Zeitwert in einer Fremdwährung bewertet wurden, sind zu dem Kurs umzurechnen, der am entsprechenden Ermittlungstag des beizulegenden Zeitwertes gültig war.<sup>73</sup>

Die Posten der Gesamtergebnisrechnung sind nach IAS 21.22 zum Kurs am Tag des jeweiligen Geschäftsvorfalles, d. h. zum Kurs im Transaktionszeitpunkt, umzurechnen. Allerdings erlaubt IAS 21.22 aus Gründen der Praktikabilität z. B. die Verwendung eines Wochendurchschnittskurses oder eines Monatsdurchschnittskurses.<sup>74</sup> Jedoch ist zu berücksichtigen, dass bei stark schwankenden Wechselkursen die Verwendung von Durchschnittskursen nicht gestattet ist.<sup>75</sup>

---

<sup>70</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 262. Der Kassakurs ist in IAS 21.8 als Wechselkurs bei sofortiger Ausführung definiert.

<sup>71</sup> Monetäre Posten sind nach IAS 21.8 im Besitz befindliche Währungseinheiten zzgl. der Vermögenswerte und Schulden, für die das jeweils betrachtete Unternehmen eine feste oder bestimmbare Anzahl von Währungseinheiten erhält oder zu zahlen verpflichtet ist. Die Basisdefinition aus IAS 21.8 wird in IAS 21.16 weiter vertieft.

<sup>72</sup> Ein nicht monetärer Posten ist dadurch gekennzeichnet, dass er mit keinem Recht auf Erhalt einer festen oder bestimmbar Anzahl von Währungseinheiten verbunden ist. Nicht monetäre Posten sind z. B. der Geschäfts- oder Firmenwert, immaterielle Vermögenswerte, Vorräte, Sachanlagen. Ferner Verpflichtungen, die durch nicht monetäre Vermögenswerte erfüllt werden (vgl. IAS 21.16).

<sup>73</sup> Bedeutung hat diese Regelung insbesondere für Anteile und Beteiligungen. Vgl. Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, 2015, § 27, Rz. 23.

<sup>74</sup> Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg zufolge ist die Verwendung von Jahresdurchschnittskursen üblich. Vgl. Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, 2015, § 27, Rz. 37.

<sup>75</sup> Die einzelnen Positionen der GuV einer unselbständigen ausländischen Einheit sind zu Jahresdurchschnittskursen umzurechnen. Vgl. Senger/Rulfs in: Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 33, Rz. 34. Anzumerken ist, dass die Umrechnung von Posten der Gesamtergebnisrechnung sich nach dem korrespondierenden Bilanzposten richtet, sofern eine Zuordnung zu diesem möglich ist. Dieser Fall wird nachfolgend nicht betrachtet. Vgl. Senger/Rulfs in: Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 33, Rz. 13.

Umrechnungsdifferenzen, die sich bei Anwendung der Zeitbezugsmethode ergeben, sind nach IAS 21.28 in der GuV zu erfassen. Sie treten auf, wenn sich der Kurs zum Zeitpunkt eines Geschäftsvorfalles von dem zum Zeitpunkt der Abwicklung monetärer Posten oder dem Berichtstag unterscheidet.

Ist die *modifizierte Stichtagskursmethode* anzuwenden, so erfolgt die Umrechnung einzelner Positionen wie folgt:

- Vermögenswerte und Schulden sind zum entsprechenden Bilanzstichtagskurs umzurechnen (IAS 21.39 a));
- das Eigenkapital das bereits zum Erstkonsolidierungszeitpunkt vorlag, ist mit dem historischen Kurs, d. h. dem Kurs zum Erstkonsolidierungszeitpunkt umzurechnen<sup>76</sup>; Kapitalzuführungen späterer Jahre sind mit den Kursen des Zuführungszeitpunktes umzurechnen;
- Posten der GuV sind zu Kursen des Transaktionszeitpunktes umzurechnen.<sup>77</sup> Die Verwendung von Wochen- oder Monatsdurchschnittskursen ist zulässig, wenn die Kursschwankungen nicht zu groß sind (IAS 21.39 b) i. V. m. IAS 21.40)<sup>78</sup>;
- der beim Erwerb eines ausländischen Geschäftsbetriebes entstehende Geschäfts- oder Firmenwert sowie die vorhandenen stillen Reserven und Lasten sind nach IAS 21.47 dem ausländischen Geschäftsbetrieb zuzuweisen und mit dem Stichtagskurs umzurechnen.

Umrechnungsdifferenzen, die bei Anwendung der modifizierten Stichtagskursmethode entstehen, sind nach IAS 21.39 c) im sonstigen Ergebnis erfolgsneutral unter der Position "*Währungsumrechnung*" zu erfassen. Umrechnungsdifferenzen, die auf einen Minderheitenanteil entfallen, sind nach IAS 21.41 diesem zuzuschreiben.

---

<sup>76</sup> Die IFRS gehen nicht explizit auf die Umrechnung des Eigenkapitals ein. Die Verfasserin schließt sich der einschlägigen Kommentarmedeutung an. Vgl. hierzu Senger/Rulfs in: Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2012, § 33, Rz. 20 sowie Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, 2015, § 27, Rz. 52.

<sup>77</sup> Vgl. Theile/Pawelzik in: Heuser/Theile (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 5441, S. 857.

<sup>78</sup> Vgl. hierzu Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, 2015, § 27, Rz. 54 i. V. m. Rz. 15.

## 2.5 Konsolidierungsmaßnahmen bei Vollkonsolidierung

### 2.5.1 Einführung

Unter Vollkonsolidierung wird die Einbeziehung aller Einzelabschlüsse von Tochterunternehmen in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens unter Eliminierung konzerninterner Beziehungen verstanden.<sup>79</sup> Die bloße Übernahme der bereits im Wege der vorbereitenden Maßnahmen aufbereiteten Einzelabschlüsse in den Konzernabschluss würde den Konzern nicht so darstellen, als handle es sich insgesamt um ein einziges Unternehmen. Konzerninterne Beziehungen würden die wirtschaftlichen Konzerngesamtvhältnisse verzerrt darstellen.<sup>80</sup> Aus diesem Grund sind Korrekturmaßnahmen erforderlich.

Die Bereinigung von konzerninternen Beziehungen erfolgt mit Hilfe unterschiedlicher Konsolidierungsmaßnahmen. Insgesamt können die folgenden vier Konsolidierungsmaßnahmen unterschieden werden:

1. Kapitalkonsolidierung,
2. Schuldenkonsolidierung,
3. Aufwands- und Ertragskonsolidierung und
4. Zwischenergebniseliminierung.

Die zuvor genannten vier Konsolidierungsmaßnahmen können in zeitlicher Hinsicht jeweils im Wege der *Erst- und Folgekonsolidierung* angewendet werden.<sup>81</sup>

---

<sup>79</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 279.

<sup>80</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 279.

<sup>81</sup> Neben der Erst- und Folgekonsolidierung existieren noch die *Endkonsolidierung* sowie die *Übergangskonsolidierung*. Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung beispielsweise durch Veräußerung, so ist eine Endkonsolidierung vorzunehmen, d. h. die Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens ist vollständig zu entfernen. Hierbei sind Besonderheiten zu berücksichtigen. Eine Übergangskonsolidierung ist notwendig, wenn Anteile an einem Beteiligungsunternehmen auf- oder abgestockt werden oder eigenkapitalverändernde Maßnahmen in einem Beteiligungsunternehmen Auswirkungen auf die Beteiligungsverhältnisse der Konzernobergesellschaft haben. Diese beiden Konsolidierungsarten werden im Folgenden nicht weiter betrachtet. Vertiefend wird mit Blick auf die Endkonsolidierung auf Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 397 ff. und mit Blick auf die Übergangskonsolidierung auf Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 407 ff. verwiesen. Mit Blick auf Anreize zur Bilanzpolitik im Rahmen der Übergangskonsolidierung s. Hachmeister/Hermens, Bilanzpolitik, 2011, S. 45 ff.

Bei der *Erstkonsolidierung* handelt es sich um das erstmalige Durchführen der jeweils im Konzernabschluss erforderlichen Konsolidierungsmaßnahmen. Die Erstkonsolidierung wird bei erstmaliger Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens vorgenommen. Der relevante Stichtag der Erstkonsolidierung ist in IFRS 3.8 geregelt. Maßgeblich für die erstmalige Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens ist nach dieser Norm der Tag, ab dem das Mutterunternehmen die Beherrschung über das Tochterunternehmen übernimmt.

Die *Folgekonsolidierung* ist an den darauffolgenden Konzernabschlussstichtagen vorzunehmen.<sup>82</sup>

### 2.5.2 Kapitalkonsolidierung

Der Vorgang der Kapitalkonsolidierung bei Vollkonsolidierung im einstufigen Konzern, d. h. bei ausschließlicher Betrachtung des Mutter-Tochterverhältnisses, ist in den Leitlinien für die Erstellung von Konzernabschlüssen über IFRS 10.21 in IFRS 10.B86 (b) geregelt.<sup>83</sup> Aus letzterer Norm geht hervor, dass bei der Erstellung eines Konzernabschlusses die Beteiligung des Mutterunternehmens mit dem anteiligen Reinvermögen des Tochterunternehmens zu verrechnen ist. Der Sinn der Kapitalkonsolidierung besteht darin, den Betrag, mit dem das Mutterunternehmen am Tochterunternehmen beteiligt ist, vollständig zu eliminieren, um eine Doppelerfassung zu vermeiden.<sup>84</sup> Durch diese Eliminierung ist die Kapitalkonsolidierung grundsätzlich durch einen *Verrechnungseffekt* gekennzeichnet.

Ein im Rahmen der Kapitalkonsolidierung entstehender positiver Differenzbetrag ist gem. IFRS 10.B86 (b) als Geschäfts- oder Firmenwert nach den Regelungen des IFRS 3 „*Unternehmenszusammenschlüsse*“ zu bilanzieren. Die Ermittlungsvorschrift zur Bestimmung des Geschäfts- oder Firmenwertes geht aus IFRS 3.32 hervor. Verbleibt nach der Verrechnung ein negativer Differenzbetrag, so ist dieser als Gewinn aus einem Erwerb zu einem Preis unter Marktwert direkt ertragswirksam in der Konzern-GuV zu

---

<sup>82</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 295.

<sup>83</sup> Aus IFRS 10.B86 (b) geht nicht expressis verbis hervor, dass es sich bei dem beschriebenen Konsolidierungsvorgang um die Kapitalkonsolidierung handelt. Allgemeingültig wird unter dem in IFRS 10.B86 beschriebenen Konsolidierungsvorgang die Kapitalkonsolidierung verstanden. Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 220. Auf die Kapitalkonsolidierung im mehrstufigen Konzern wird in der vorliegenden Arbeit nicht eingegangen. Hierzu s. Küting/Weber/Wirth, Kapitalkonsolidierung, 2013, S. 43-52.

<sup>84</sup> Vgl. Küting/Weber, Konzernabschluss, 2012, S. 279 f.

erfassen (vgl. IFRS 3.34). Im Verlauf der Arbeit wird dieser Gewinn als negativer Geschäfts- oder Firmenwert bezeichnet.

### 2.5.3 Schuldenkonsolidierung

Die Regelungen zur Schuldenkonsolidierung ergeben sich aus IFRS 10.21 i. V. m. IFRS 10.B86 (c). Nach der letztgenannten Vorschrift sind konzerninterne Vermögenswerte und Schulden zu verrechnen. Zu beachten ist, dass die Eliminierung von konzerninternen Vermögenswerten und Schulden unabhängig von der Beteiligung nicht-beherrschender Gesellschafter in vollem Umfang zu erfolgen hat.<sup>85</sup> Unterbleiben kann eine Schuldenkonsolidierung in Anlehnung an RK 29 f. dann, wenn sie dem Grundsatz der Wesentlichkeit nach als von untergeordneter Bedeutung einzustufen ist.

Grundsätzlich kann sich die Schuldenkonsolidierung auf die in *Tabelle 4* aufgeführte Bilanzpositionen beziehen:<sup>86</sup>

Vermögenswert-positionen	Schuld-positionen	Positionen unter der Bilanz oder im Anhang
<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lang- und kurzfristige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Forderungen</li> <li>- Andere finanzielle Vermögenswerte inkl. Derivate</li> <li>- Vorauszahlungen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Lang- und kurzfristige andere finanzielle Verbindlichkeiten</li> <li>- Lang- und kurzfristige Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und sonstige Verbindlichkeiten</li> <li>- Lang- und kurzfristiger passivischer Abgrenzungsposten</li> <li>- Lang- und kurzfristige sonstige Rückstellungen</li> <li>- Kontokorrentkredite</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Eventualforderungen und Eventualverbindlichkeiten</li> </ul>

*Tabelle 4: Mögliche Positionen der Schuldenkonsolidierung*

<sup>85</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 253.

<sup>86</sup> Abbildung übertragen auf den IFRS-Konzernabschluss und modifiziert entnommen aus Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 230.

### 2.5.4 Aufwands- und Ertragskonsolidierung

Aufwendungen und Erträge, die aus Geschäften zwischen Mutter- und Tochterunternehmen resultieren, sowie Dividendenzahlungen und Gewinnvereinnahmungen im Vollkonsolidierungskreis sind nach IFRS 10.21 i. V. m. IFRS 10.B86 (c) vollständig zu eliminieren.<sup>87</sup> Da sich die Aufwands- und Ertragskonsolidierung auf Aufwendungen und Erträge bezieht, ist die Konzern-GuV durch den Eliminierungsvorgang betroffen. Im Wesentlichen beziehen sich die zu erfassenden Konsolidierungsmaßnahmen auf Innenumsatzerlöse, andere Aufwendungen und Erträge sowie auf innerkonzernliche Ergebnisübernahmen.<sup>88</sup>

### 2.5.5 Zwischenergebniseliminierung

Die Zwischenergebniseliminierung ergibt sich aus IFRS 10.21 i. V. m. IFRS 10.B86 (c). Konzerninterne Lieferungen und Leistungen sind nach dieser Vorschrift gegeneinander zu verrechnen. Eventuell aus diesen Lieferungen und Leistungen erfasste unrealisierte Gewinne sind vollständig zu eliminieren.<sup>90</sup> Die gleiche Vorgehensweise ist zu wählen, wenn aus konzerninternen Lieferungen und Leistungen Verluste erfasst wurden. Dies gilt allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die *„Konzernanschaffungs- und Konzernherstellungskosten am Absatzmarkt realisierbar sind (recoverable amount)“*<sup>91</sup>.

## 2.6 Latente Steuern im Konzernabschluss

Latente Steuern können sich in Abweichung zu den Einzelabschlüssen (HB I-Ebene), der einzubeziehenden Unternehmen im Konzernabschluss zusätzlich auf *drei Ebenen* ergeben.<sup>92</sup>

Die *erste Ebene* stellt hierbei die *HB II-Ebene* dar. Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahme *„Vereinheitlichung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“*<sup>93</sup> und im

---

<sup>87</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 315.

<sup>88</sup> Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss, 2014, S. 752.

<sup>90</sup> Vgl. Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 287.

<sup>91</sup> Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 287.

<sup>92</sup> Zu den Grundlagen der Bilanzierung und Bewertung latenter Steuern s. Lienau, Bilanzierung, 2006, S. 40 ff.; von Eitzen/Dahlke, Steuerpositionen, 2008, S. 26 ff.; KPMG, IFRS, 2014, S. 35 ff. Anzumerken ist, dass der IASB am 20.08.2014 einen Änderungsentwurf zu IAS 12 vorgelegt hat, dieser ist allerdings noch nicht final beschlossen. Vertiefend s. IASB, ED/2014/3, 2014.

<sup>93</sup> Vgl. hierzu Gliederungspunkt 2.4.5.



Rahmen der vorbereitenden Maßnahme „*Vereinheitlichung der Währung*“<sup>94</sup> wird die HB I ggf. durch die konzerneinheitliche Anpassung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden und durch die Währungsumrechnung in die HB II transformiert. Im Wege der Transformation der HB I zur HB II können sich u. U. zusätzliche temporäre Differenzen ergeben, die im Konzernabschluss ausgewiesen werden müssen.

Auf *zweiter Ebene* können sich latente Steuern im Rahmen von *Konsolidierungsmaßnahmen* ergeben. Hierbei sind die Kapitalkonsolidierung, die Schuldenkonsolidierung und die Zwischenergebniseliminierung relevant.<sup>95</sup> Die Aufwands- und Ertragskonsolidierung betrifft nur Positionen der GuV und keine Bilanzpositionen, so dass sich im Rahmen dieser Konsolidierungsmaßnahme keine temporären Differenzen ergeben können.<sup>96</sup> Sie scheidet im Zusammenhang mit latenten Steuern im Konzernabschluss aus der weiteren Betrachtung aus.

Latente Steuern, die sich auf der *dritten Ebene* ergeben, resultieren aus sog. Outside Basis Differences.<sup>97</sup> Sie sind nach IAS 12.38 ff. grundsätzlich im Rahmen der Folgekonsolidierung aufgrund von temporären Differenzen mit Blick auf Anteile an Tochterunternehmen, Zweigniederlassungen, assoziierten Unternehmen sowie Gemeinschaftsunternehmen zu bilanzieren.<sup>98</sup>

### 3 Begriffliche Grundlagen und Abgrenzung der Konzernabschlusspolitik

#### 3.1 Zur angewandten Begriffsdefinition der Konzernabschlusspolitik

In Anlehnung an *Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek* soll für den Fortgang der Untersuchung unter *Konzernabschlusspolitik* die *bewusste Gestaltung des Konzernabschlusses durch die Ausübung von Aktionsparametern* zur Erreichung *konzernabschlusspolitischer Ziele* verstanden werden.<sup>99</sup> Eine einheitliche Begriffsdefinition ist für den Fortgang der Arbeit deshalb erforderlich, weil der Begriff der Konzernabschlusspolitik in

---

<sup>94</sup> Vgl. zu latenten Steuern aufgrund der Währungsumrechnung im Konzernabschluss Lienau, Bilanzierung, 2006, S. 116 ff.

<sup>95</sup> Vgl. von Eitzen/Dahlke, Steuerpositionen, 2008, 48 ff.

<sup>96</sup> Vgl. von Eitzen/Dahlke, Steuerpositionen, 2008, 53. Dies ist nur dann der Fall, wenn die jeweils betrachtete Aufwands- und korrespondierende Ertragsposition vollständig eliminiert werden kann. Hiervon soll nachfolgend ausgegangen werden.

<sup>97</sup> Weiterführend zu Outside Basis Differences s. Meyer/Loitz/Linder/Zerwas, Latente Steuern, 2010, S. 203 ff.

<sup>98</sup> Vgl. von Eitzen/Dahlke, Steuerpositionen, 2008, S. 49.

<sup>99</sup> Vgl. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 978.

der Literatur nicht einheitlich definiert ist. Beispielsweise verwendet *Klein* anstatt des Begriffes der Konzernabschlusspolitik den Begriff der Konzernbilanzpolitik.<sup>100</sup> *Freidank* verwendet den Begriff Rechnungslegungspolitik.<sup>101</sup>

Hinzu tritt, dass die aufgezeigten Begriffe in der Literatur häufig synonym verwendet werden. Semantisch können diese Begriffe in Einzelfällen jedoch unterschiedliche Bedeutungen aufweisen. Die Rechnungslegungspolitik kann sich beispielsweise im Kontext des Einzelfalles nur auf den Einzelabschluss und nicht auf den Konzernabschluss beziehen.

Was unter Aktionsparametern zu verstehen ist, ist in Gliederungspunkt 1.1 dieses Kapitels ausführlich dargestellt. Die Ziele der Konzernabschlusspolitik werden im dritten Kapitel unter Gliederungspunkt 3 aufgezeigt.

### 3.2 Konzernabschlusspolitik als Teilpolitik der Konzernpolitik

Die Konzernabschlusspolitik ist eine derivative Politik.<sup>102</sup> Sie leitet sich ab aus der übergeordneten Konzernpolitik.<sup>103</sup> *Mellerowicz* definiert das Wesen der Konzernpolitik wie folgt:

*„Die Konzernpolitik ist das Füllen von Entscheidungen über Fragen der Konzernführung. Konzernpolitik ist so Nutzung aller aus der Verbundenheit von Betrieben sich ergebenden Möglichkeiten. Sie hat die Aufgabe, die Möglichkeiten zu nutzen, die sich aus der Verbundenheit, d. h. aus den verschiedenartigsten Kombinationsmöglichkeiten von Einzelbetrieben, der Stärke im Einkaufs-, Absatz- und Kapitalmarkt, der Forschungs- und Entwicklungstätigkeit, der Verteilung der Risiken durch ein entsprechendes Produktionsprogramm usw., ergeben. Sie muß sich in der Sicherung der Konzernbetriebe und in einem maximalen Gewinn auf lange Sicht auswirken.“*<sup>104</sup>

Die Oberziele der Konzernpolitik können in Anlehnung an *Mellerowicz* auf zwei wesentliche Ziele, nämlich die *Existenzsicherung* und die *langfristige Gewinnmaximierung*

---

<sup>100</sup> Vgl. *Klein*, Konzernbilanzpolitik, 1989, S. 17. Dieser Begriffsdefinition schließen sich u. a. die Autoren *Scheld* und *Greth* an. S. hierzu *Scheld*, Konzernbilanzpolitik, 1994; *Greth*, Konzernbilanzpolitik, 1996.

<sup>101</sup> Vgl. *Freidank*, Internationale Rechnungslegungspolitik, 2000, S. 10.

<sup>102</sup> Vgl. *Freidank/Velte*, Rechnungslegungspolitik, 2013, S. 849.

<sup>103</sup> Vgl. *Freidank*, Internationale Rechnungslegungspolitik, 2000, S. 10.

<sup>104</sup> *Mellerowicz*, Unternehmenspolitik, 1978, S. 516 f.

zum Zwecke der Endvermögensmaximierung, reduziert werden. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass die kurzfristige Gewinnmaximierung im Konflikt mit der Endvermögensmaximierung stehen kann. Um die zuvor genannten Oberziele zu erreichen, werden von der Konzernleitung strategische Konzernziele formuliert, die letztlich auch durch die Ausübung der Konzernabschlusspolitik erreicht werden sollen. Die Konzernabschlusspolitik ist somit Teil der Konzernpolitik<sup>105</sup>, die ihrerseits durch quantitative oder qualitative Konzernziele determiniert wird.<sup>106</sup>

Bei der Konzernabschlusspolitik geht es in Abgrenzung zu der Konzernpolitik darum, bestimmte Adressatengruppen, wie z. B. Investoren, Banken und Anleihegläubiger, im Sinne der jeweiligen Konzernziele durch das Informationsinstrument des Konzernabschlusses zu beeinflussen. Der Hauptfokus der Konzernabschlusspolitik liegt somit auf der Verhaltensbeeinflussung.<sup>107</sup>

### 3.3 Zum Zusammenhang zwischen Konzernabschlusspolitik und Konzernabschlussanalyse

Zum Zwecke der zielgerichteten Beeinflussung Dritter setzt die Konzernleitung konzernabschlusspolitische Maßnahmen im Konzernabschluss ein. Da der Konzernabschluss die Grundlage für die Konzernabschlussanalyse externer Adressaten bildet, ist die Konzernabschlusspolitik eng mit der Konzernabschlussanalyse verzahnt.<sup>108</sup> Insgesamt ist die Konzernabschlusspolitik der Konzernabschlussanalyse zeitlich vorgelagert.<sup>109</sup>

---

<sup>105</sup> Krog verweist darauf, dass die „Rechnungslegungspolitik als derivative Teilpolitik der Unternehmenspolitik“ anzusehen ist. Er verweist in Bezug auf den Begriff „Unternehmenspolitik“ auf Schneider, der als Unternehmenspolitik die Gesamtheit von Handlungsempfehlungen zum Erreichen bestimmter Ziele eines Unternehmens bezeichnet. Vgl. Krog, Rechnungslegungspolitik, 1998, S. 48.

<sup>106</sup> Vgl. hierzu Kapitel 3, Gliederungspunkt 2.

<sup>107</sup> Wohlgemuth arbeitet diesen Zusammenhang für den IFRS-Einzelabschluss heraus. Dieser Zusammenhang ist jedoch auch übertragbar auf den Konzernabschluss. Vgl. Wohlgemuth, Bilanzpolitik, 2007, S. 62.

<sup>108</sup> Vgl. Hinz, Sachverhaltsgestaltungen, 1994, S. 124.

<sup>109</sup> Vgl. Küting/Lam/Mojadadr, Entwicklungstendenzen, 2010, S. 2290.

Im Mittelpunkt der Konzernabschlussanalyse steht, wie bei der Konzernabschlusspolitik, die *Informationsfunktion*.<sup>110</sup> Zum Treffen von wirtschaftlichen Entscheidungen versuchen externe Konzernabschlussadressaten im Rahmen der Konzernabschlussanalyse mit Hilfe von unterschiedlichen Auswertungsmethoden Informationen über eine Unternehmensgruppe zu verdichten.<sup>111</sup> Der Fokus ist hierbei auf Kennzahlen bzw. Kennzahlensysteme gerichtet.<sup>112</sup> Hierbei verfolgt der Analyst den Wunsch einen Einblick in die „wahre Abbildung der Unternehmenssituation“<sup>113</sup> zu erlangen. Hierunter dürfte zu verstehen sein, dass der Analyst einen Einblick in die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage anstrebt. Dieser Wunsch dürfte jedoch häufig im Konflikt zu den Zielen der Konzernabschlusspolitik stehen. Üblicherweise versucht diese nämlich in Abhängigkeit der Lage des jeweiligen Einzelfalles die tatsächliche Lage des Unternehmens zu verschönern oder zu kaschieren.<sup>114</sup>

Zweckentsprechend kann die Konzernabschlussanalyse nur dann ausgeübt werden, wenn das eingesetzte konzernabschlusspolitische Instrumentarium im Rahmen der Analyse erkannt wird. Konzernabschlusspolitische Maßnahmen können so durch den Analysten neutralisiert werden.<sup>117</sup> Begrenzt ist die Konzernabschlussanalyse allerdings im Falle des Einsatzes nicht erkennbarer konzernabschlusspolitischer Gestaltungsmöglichkeiten. Ein Einblick in die tatsächliche Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ist vor diesem Hintergrund kaum bzw. ggf. nur noch teilweise möglich.

---

<sup>110</sup> Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss, 2014, S. 1020 f. Birgel/Imberger/Müller teilen die Träger der Konzernabschlusspolitik in primäre und sekundäre Träger ein. Primäre Träger sind die Organe des Mutterunternehmens und sekundäre Träger sind ggf. die Organe der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen. Vgl. Birgel/Imberger/Müller in: Federmann u. a. (Hrsg.), HdB, 2012, 80 d, Rz. 11.

<sup>111</sup> Vgl. Coenenberg/Haller/Schultze, Jahresabschluss, 2014, S. 1023 ff.

<sup>112</sup> Vgl. Küting/Weber, Bilanzanalyse, 2015, S. 51. Als einzelne Kennzahlen kommen *absolute Zahlen* in Form von Einzelzahlen, Summen, Differenzen sowie Mittelwerte in Betracht. Ferner sind zudem *Verhältniszahlen*, wie z. B. Gliederungs-, Beziehungs- oder Indexzahlen Gegenstand der Konzernbilanzanalyse. Um einen Informationsverlust zu vermeiden und Einzelkennzahlen zu ordnen, werden regelmäßig in der Analysepraxis Kennzahlensysteme, wie z. B. das Du Pont-, das ZVEI und das RL-Kennzahlensystem, verwandt. Vgl. Küting/Weber, Bilanzanalyse, 2015, 51 ff.

<sup>113</sup> Küting, Stellenwert, 2006, S. 2754. Die Ausführungen von Küting beziehen sich auf die Bilanzanalyse und Bilanzpolitik. Sie können jedoch auf die Konzernabschlussanalyse und Konzernabschlusspolitik übertragen werden.

<sup>114</sup> Vgl. Küting, Stellenwert, 2006, S. 2754.

<sup>117</sup> Vgl. Küting, Stellenwert, 2006, S. 2754.

### 3.4 Träger der Konzernabschlusspolitik

Die Träger der Konzernabschlusspolitik sind diejenigen Personen, die an der Aufstellung und Feststellung des Konzernabschlusses beteiligt sind. Sie können in zwei Gruppen unterteilt werden.<sup>118</sup> Die erste Gruppe stellt die *internen Träger der Konzernabschlusspolitik* und die zweite Gruppe die *externen Träger der Konzernabschlusspolitik* dar.

Innerhalb der Gruppe der *internen Träger* sind die einzelnen Träger der Konzernabschlusspolitik abhängig vom organisatorischen Aufbau des betrachteten Konzerns und von der jeweiligen Machtposition des Mutterunternehmens innerhalb der Konzernstruktur.<sup>119</sup> Grundsätzlich ist die Konzernleitung oberster interner Träger der Konzernabschlusspolitik. Dies ergibt sich u. a. aus der gesetzlichen Verpflichtung der Konzernleitung zur Aufstellung des Konzernabschlusses (§ 91 Abs. 1 AktG und § 290 HGB). Ohne die Mithilfe von Führungs- und Fachkräften des Konzernunternehmens könnten die obersten Träger der Konzernabschlusspolitik den Konzernabschluss nicht aufstellen. Fach- und Führungskräfte, die bei der Konzernabschlusserstellung tätig sind, zählen dementsprechend ebenfalls mit zu den internen Trägern der Konzernabschlusspolitik. Darüber hinaus tragen ebenfalls die Fach- und Führungskräfte von Teilkonzernen und Mutterunternehmen zur Aufstellung des Konzernabschlusses bei. Neben den genannten internen Trägern der Konzernabschlusspolitik, die mit der Aufstellung des Konzernabschlusses betraut sind, kommt ebenso Vertretern des Aufsichtsrates, die an der Konzernabschlussfeststellung mitwirken, eine interne Trägerrolle zu.

Als *externe Träger* der Konzernabschlusspolitik können Berater verstanden werden, die den „Konzern“ hinsichtlich rechnungslegungsbedingter Fragestellungen von außen beraten sowie Wirtschaftsprüfer, die den Konzernabschluss testieren.<sup>120</sup> Ihnen kann eine Kontroll- und Korrekturfunktion zugesprochen werden.<sup>121</sup> Auch dem Kreis der Anteilseigner ist aufgrund ihrer in § 58 AktG kodifizierten Gewinnverwendungskompetenz in der Hauptversammlung eine externe konzernabschlusspolitische Trägerrolle zuzusprechen.<sup>122</sup>

---

<sup>118</sup> Vgl. Schmidt, Bilanzpolitik, 1979, S. 5 ff.

<sup>119</sup> Vgl. Scheren in: Küting/Weber (Hrsg.), HdK, 1998, S. 160.

<sup>120</sup> Vgl. Schmidt, Bilanzpolitik, 1979, S. 5 ff.

<sup>121</sup> Vgl. Schmidt, Bilanzpolitik, 1979, S. 7.

<sup>122</sup> Vgl. Küting in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 751.

Nachfolgend wird aus Gründen der Vereinfachung unterstellt, dass die *Konzernleitung der Träger der Konzernabschlusspolitik* ist.

### 3.5 Objekte der Konzernabschlusspolitik

*Objekte der Konzernabschlusspolitik* sind *Zielobjekte*, auf die sich die Konzernabschlusspolitik bezieht. Grundsätzlich können Primär- von Sekundärobjekten unterschieden werden.<sup>123</sup>

Unter *Primärobjekten* sind zwingend zu erstellende Konzernabschlussbestandteile zu verstehen. Hierzu gehört die Konzernbilanz, die Konzerngesamtergebnisrechnung, die Konzerneigenkapitalveränderungsrechnung, die Konzernkapitalflussrechnung sowie der Konzernanhang und der Konzernlagebericht. Anzumerken ist, dass diese Konzernabschlussbestandteile auch durch Bilanzebenen (HB I, II und III) und Konsolidierungsmaßnahmen als Ordnungskriterien im Rahmen des zielgerichteten Einsatzes von Aktionsparametern teilweise ersetzt werden können.<sup>124</sup>

Ebenfalls zählt ein verpflichtend zu erstellender Zwischenabschluss zu den Primärobjekten.<sup>125</sup>

---

<sup>123</sup> Vgl. Küting in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 750. Küting bezieht Primär- und Sekundärobjekte auf die Bilanzpolitik, der grundlegende Zusammenhang kann aber auf die Konzernabschlusspolitik übertragen werden.

<sup>124</sup> Vgl. Scheren in: Küting/Weber (Hrsg.), HdK, 1998, S. 165.

<sup>125</sup> Kapitalmarktorientierte Mutterunternehmen in Deutschland haben nach § 37w WpHG verpflichtend einen Halbjahresfinanzbericht zu erstellen und zu veröffentlichen. Unternehmen, die einen Konzernabschluss nach den Normen der IFRS aufstellen und die zur Zwischenberichterstattung nach dem WpHG verpflichtet sind, haben IAS 34 „Zwischenberichterstattung“ anzuwenden. Vgl. Scheffler in: Böcking u. a. (Hrsg.), Beck'sches HdR, 2015, B 750, Rz. 177. Neben dem Halbjahresbericht hat die Geschäftsführung eines kapitalmarktorientierten Mutterunternehmens nach § 37x WpHG eine verpflichtende Zwischenmitteilung zehn Wochen nach Beginn und sechs Wochen vor Ende der ersten und zweiten Hälfte des Geschäftsjahres zu machen. Eine Verpflichtung zur Quartalsberichterstattung besteht seit Transformation der Transparenzrichtlinie (vgl. Richtlinie 2004/109/EG, 2004) in nationales Recht durch das Transparenzrichtlinie-Umsetzungsgesetz (TUG) nicht mehr. Nach § 48 Abs. 1 BörsO sind die im Prime Standard gelisteten Emittenten jedoch über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus im Rahmen der Zulassungsfolgepflicht zur Veröffentlichung von quartalsweisen Zwischenberichten verpflichtet. Die Berichterstattung bezieht sich auf die ersten drei Quartale eines Geschäftsjahres. Vgl. Ammedick/Strieder in: Hennrichs u. a. (Hrsg.), MüKoBilR, 2014, IAS 34, Rn. 124 f.

Zu den *Sekundärobjekten* der Konzernabschlusspolitik gehören freiwillige Kommunikationsinstrumente, die im Konzern genutzt werden, wie z. B. Aktionärsbriefe oder Pressemitteilungen.<sup>126</sup>

Wie im dritten Kapitel<sup>127</sup> noch zu zeigen sein wird, beschäftigt sich die vorliegende Untersuchung ausschließlich mit der Wirkungsanalyse und dem zielgerichteten Einsatz von Aktionsparametern in Bezug auf das Primärobjekt des Konzernabschlusses. Da die Einbeziehung aller Konzernabschlussbestandteile den Rahmen der Untersuchung sprengen würde, werden als zentrale Elemente die *Konzernbilanz* und die *Konzerngesamtergebnisrechnung* der Untersuchung zugrunde gelegt.

## 4 Aktionsparameter der Konzernabschlusspolitik

### 4.1 Kategorisierung

Unter konzernabschlusspolitischen Aktionsparametern werden Gestaltungsinstrumente verstanden, durch die das reale betriebliche Geschehen im Konzernabschluss unterschiedlich abgebildet werden kann.<sup>129</sup> Die Realität kann einerseits durch Aktionsparameter, die den abbildenden Teil des Konzernabschlusses betreffen, und andererseits durch sachverhaltsgestaltende Aktionsparameter unterschiedlich wiedergegeben werden.<sup>130</sup>

*Sachverhaltsabbildende Aktionsparameter* werden in der Literatur auch als darstellungsgestaltende Aktionsparameter bezeichnet.<sup>132</sup> Solche bilanzpolitischen Instrumente nehmen bei Ausübung Einfluss auf gegebene Sachverhalte, d. h. sie nehmen Einfluss nach dem Konzernbilanzstichtag auf bereits vorher stattgefundene Geschäftsvorfälle. Zu dieser Aktionsparametergruppe zählen Wahlrechte und Ermessensspielräume, die sich in Bezug auf die Bilanzierung und Bewertung sowie den Ausweis ergeben.<sup>133</sup> Wahlrechte ergeben sich ausdrücklich aus der Formulierung der Normen der IFRS. Ermessensspielräume ergeben sich faktisch aus der Formulierung der jeweils betrachteten

---

<sup>126</sup> Vgl. Küting in: Küting (Hrsg.), SHBB, 2008, S. 750.

<sup>127</sup> Vgl. Kapitel 3, Gliederungspunkt 5.2.2.

<sup>129</sup> Vgl. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 978.

<sup>130</sup> Vgl. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 984.

<sup>132</sup> Vgl. Brösel, Bilanzanalyse, 2014, S. 102.

<sup>133</sup> Vgl. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 984.

Norm.<sup>134</sup> Grundsätzlich können sachverhaltsabbildende Aktionsparameter ihrer Ausrichtung nach nach *materiellen* und *formellen* Kriterien systematisiert werden. *Materielle* Aktionsparameter beziehen sich auf die Bilanzierung und Bewertung. *Formelle* Aktionsparameter beziehen sich auf die Möglichkeiten des bilanziellen Gestaltungspotentials im Hinblick auf die Gliederung und den Ausweis bzw. die Erläuterungsbedürftigkeit von Sachverhalten.<sup>135</sup>

*Sachverhaltsgestaltende Aktionsparameter* werden im Gegensatz zu sachverhaltsabbildenden Aktionsparametern i. d. R. vor dem Konzernbilanzstichtag eingesetzt.<sup>136</sup> Der Abschluss eines Leasingvertrages anstatt eines Kreditvertrages zum Zwecke der Bilanzverkürzung zählt zu einer Möglichkeit der Sachverhaltsgestaltung. Zu den sachverhaltsgestaltenden Aktionsparametern gehört auch die institutionelle Gestaltung des Konzerngebildes. Hierbei geht es beispielsweise um die Wahl des Rechnungslegungssystems oder die Wahl des Konzernbilanzstichtages.<sup>137</sup>

## 4.2 Auswahl grundlegender Ausprägungsformen für die Untersuchung

Für den Fortgang der Untersuchung wird es als sachgerecht erachtet, eine einheitliche Einteilung von grundlegenden Ausprägungsformen von Aktionsparametern vorzunehmen. Nachfolgend werden Wahlrechte und Ermessensspielräume untersucht. Diese Wahlrechte und Ermessensspielräume können sich dabei auf materielle Aktionsparameter bei der Bilanzierung und Bewertung sowie auf formelle Aktionsparameter beim Ausweis beziehen. Möglichkeiten der Sachverhaltsgestaltung werden nur dann betrachtet, wenn sie konzernabschlusspolitisch motiviert sind, d. h. die Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss beeinflussen.

Um einen Eindruck darüber zu vermitteln, wie vielfältig grundlegende Aktionsparameter bezeichnet werden können, sei auf folgende Ausführungen verwiesen. Angemerkt sei, dass die aufgeführten Begriffe im Verlauf der Untersuchung verwandt werden. In der Literatur werden Wahlrechte beispielsweise in explizite und faktische (verdeckte)

---

<sup>134</sup> Kritisiert wird an den IFRS, dass sie eine erhebliche Anzahl von Ermessensspielräumen beinhalten. Vgl. hierzu Mayer-Wegelin, Anwendung, 2010, S. 2811-2816.

<sup>135</sup> Vgl. Brösel, Bilanzanalyse, 2014, S. 97.

<sup>136</sup> Vgl. Tanski, Bilanzpolitik, 2006, S. 31 ff. Für die Fälle, in denen sachverhaltsgestaltende Maßnahmen nach dem Konzernbilanzstichtag ausgeübt werden, s. Brösel, Bilanzanalyse, 2014, S. 102. Hierzu gehört z. B. die Wahl des Veröffentlichungszeitpunktes.

<sup>137</sup> Vgl. zu den institutionellen Instrumenten der Sachverhaltsgestaltung Brösel, Bilanzanalyse, 2014, S. 98 f.



Wahlrechte differenziert.<sup>139</sup> *Explizite Wahlrechte* sind solche Wahlrechte, die sich ausdrücklich aus den Normen der IFRS ergeben. Bei *faktischen Wahlrechten* handelt es sich im Vergleich zu den expliziten Wahlrechten um Wahlrechte, die eben nicht offen aus den Normen hervorgehen, d. h. es handelt sich um Ermessensspielräume. Vom Charakter des Aktionsparameters geht es um Gebote oder Verbote, die bei Vorhandensein von bestimmten Sachverhaltskonstellationen genutzt werden können.<sup>140</sup> Neben den Termini des expliziten und des faktischen Wahlrechts existiert noch der Terminus des impliziten Wahlrechts. Nach Brösel sind unter *impliziten Wahlrechten* Ermessensspielräume, Schätzungsspielräume und Prognosespielräume zu fassen.<sup>141</sup>

Tanski bildet das bilanzpolitische Instrumentarium im Rahmen der Bilanzierungs- und Bewertungspolitik in Form von *expliziten Wahlrechten* und *offenen Regelungen* ab.<sup>142</sup> Zu den expliziten Wahlrechten gehören dieser Einteilung zufolge „*kleine Wahlrechte*“ und „*große Wahlrechte*“. Offene Regelungen können sich auf gänzlich fehlende Regelungen, unscharfe Regelungen und Ermessensregelungen beziehen. Fehlende Regelungen können aus fehlenden Standards oder fehlenden Fallregelungen resultieren. Unscharfe Regelungen sind nach Tanski zurückzuführen entweder auf unscharfe Begriffe oder auf unscharfe Regelungen.<sup>143</sup> Ermessensregelungen können in Form eines echten Ermessensspielraumes oder in Form des Ermessens durch Schätzung auftreten.

### 4.3 Abgrenzung der in die Untersuchung einbezogenen Aktionsparameter

Die vorliegende Untersuchung beschäftigt sich mit konzernabschlusspolitischen Aktionsparametern. *Konzernabschlusspolitische Aktionsparameter* können zum einen in Form von Aktionsparametern auf der Einzelabschlussebene der in den Konzernabschluss einzubeziehenden Unternehmen und zum anderen in Form von Aktionsparametern auf der Ebene des Konzernabschlusses im Zusammenhang mit dessen Aufstellung ausgeübt werden.

---

<sup>139</sup> Vgl. Küting/Weber, Bilanzanalyse, 2015, S. 40 f.

<sup>140</sup> Vgl. Küting/Weber, Bilanzanalyse, 2015, S. 41.

<sup>141</sup> Vgl. Brösel, Bilanzanalyse, 2014, S. 105.

<sup>142</sup> Vgl. Tanski, Bilanzpolitik, 2006, S. 34 ff.

<sup>143</sup> Küting verwendet anstatt unscharfer Begriffe den Terminus unbestimmte Rechtsbegriffe. Die IFRS Rechnungslegung ist durch bedeutend mehr unbestimmte Rechtsbegriffe als die HGB Rechnungslegung gekennzeichnet. Vgl. Küting, Rechtsbegriffe, 2011, S. 2091.

Aktionsparameter bei der Aufstellung des Konzernabschlusses können in folgende Aktionsparametergruppen unterteilt werden:

1. Aktionsparameter bei den vorbereitenden Maßnahmen,
2. Aktionsparameter im Rahmen der Vollkonsolidierung,
3. Aktionsparameter im Rahmen der Einbeziehung von sonstigen einzubeziehenden Unternehmen und
4. Aktionsparameter bei weiteren Maßnahmen.<sup>144</sup>

Die Untersuchung aller Aktionsparametergruppen ist derart umfangreich, dass an dieser Stelle eine Eingrenzung des Untersuchungsbereiches erforderlich ist. Im Rahmen dieser Arbeit sollen nicht alle konzernabschlusspolitischen Aktionsparameter herausgearbeitet werden, sondern nur konzernspezifische. Damit entfallen die Aktionsparameter auf der Einzelabschlussebene der in den Konzernabschluss einzubeziehenden Unternehmen.

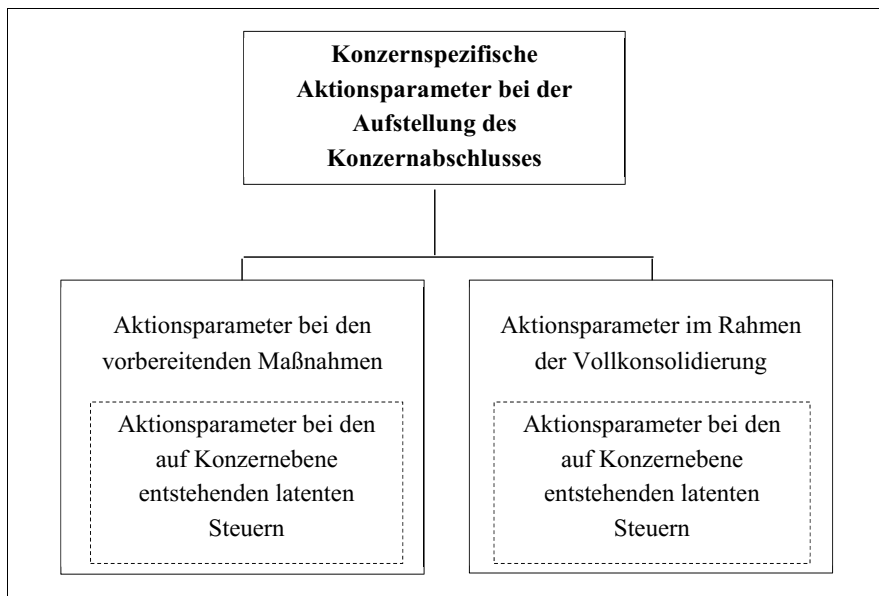
Unter *konzernspezifischen Aktionsparametern* werden solche Aktionsparameter verstanden, die sich bei der Aufstellung des Konzernabschlusses ergeben. Auch eine umfassende Analyse der Aktionsparameter bei der Aufstellung des Konzernabschlusses würde den Rahmen dieser Arbeit bei Weitem sprengen. Daher wird der Untersuchungsbereich auf Aktionsparameter bei den vorbereitenden Maßnahmen und auf Aktionsparameter im Rahmen der Vollkonsolidierung begrenzt. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus den IFRS 3 und den IFRS 10.

---

<sup>144</sup> Unter Aktionsparametern bei weiteren Maßnahmen werden Aktionsparameter verstanden, die bei der Erstellung der Eigenkapitalveränderungsrechnung, der Kapitalflussrechnung, bei der Erstellung des Anhangs und des Lageberichts gegeben sind. Diese Einteilung wird abgeleitet aus den Ausführungen von Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 9. Zudem werden hierunter noch die drei nachfolgend genannten Aktionsparametergruppen subsumiert:

- Aktionsparameter bei der Übergangskonsolidierung,
  - Aktionsparameter bei der Endkonsolidierung und
  - Aktionsparameter bei der Bilanzierung von aufgegebenen Geschäftsbereichen i. S. d. IFRS 5.
- Eine *Übergangskonsolidierung* ist notwendig, wenn Anteile an einem Beteiligungsunternehmen auf- oder abgestockt werden oder eigenkapitalverändernde Maßnahmen in einem Beteiligungsunternehmen Auswirkungen auf die Beteiligungsverhältnisse der Konzernobergesellschaft haben. Verliert das Mutterunternehmen die Beherrschung beispielsweise durch Veräußerung, so ist eine *Endkonsolidierung* vorzunehmen, d. h. die Einbeziehung des Tochterunternehmens in den Konzernabschluss des Mutterunternehmens ist vollständig zu entfernen. Vertiefend wird mit Blick auf die Endkonsolidierung auf Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 397 ff. und mit Blick auf die Übergangskonsolidierung auf Baetge/Kirsch/Thiele, Konzernbilanzen, 2013, S. 407 ff. verwiesen. Mit Blick auf Anreize zur Bilanzpolitik im Rahmen der Übergangskonsolidierung s. Hachmeister/Hermens, Bilanzpolitik, 2011, S. 45 ff. Näher zur Bewertung von aufgegebenen Geschäftsbereichen nach IFRS 5 s. Precht/Schuster, IFRS 5, 2011, S. 461 ff.

Da latente Steuern auf Konzernebene zudem aus vorbereitenden Maßnahmen und aus der Vollkonsolidierung resultieren können, werden auch Aktionsparameter, die sich im Wesentlichen aus IAS 12 ergeben, untersucht. In *Abbildung 7* ist die angewandte Systematisierung konzernspezifischer Aktionsparameter für den Fortgang der Untersuchung grafisch dargestellt.



*Abbildung 7: Angewandte Systematisierung konzernspezifischer Aktionsparameter für den Fortgang der Untersuchung*

## 5 Grenzen der Konzernabschlusspolitik

### 5.1 Vorbemerkung

Die Konzernabschlusspolitik beschäftigt sich mit der Gestaltung des Konzernabschlusses *in den Grenzen der zulässigen Normen*. Der Anwendungsbereich der Konzernabschlusspolitik endet dort, wo Aktionsparameter eingesetzt werden, die gegen normative und anzuwendende rechtliche Vorschriften verstoßen.<sup>145</sup>

Werden *illegale Aktionsparameter* zur Gestaltung des Konzernabschlusses eingesetzt, so handelt es sich i. S. d. Verständnisses dieser Arbeit nicht mehr um Konzernabschlusspolitik, sondern um *Konzernabschlussfälschung*.<sup>146</sup> Ungeachtet von bilanz- und zivilrechtlichen Konsequenzen kann eine fehlerhafte Bilanzierung strafrechtliche Folgen haben. Beispielsweise kommen in diesem Zusammenhang die unrichtige Darstellung bzw. Verschleierung der Verhältnisse nach § 331 Nr. 1a und Nr. 2 HGB, Betrug nach § 263 StGB und Kreditbetrug nach § 265b Abs. 1 Nr. 1a StGB infrage.<sup>147</sup> Der Einsatz illegaler Aktionsparameter wird in der vorliegenden Arbeit ausdrücklich nicht diskutiert. Dennoch ist nicht zu verkennen, dass zwischen legalen und illegalen Aktionsparametern ein Grenzbereich besteht, der eine Trennung der legalen von den illegalen Aktionsparametern u. U. erschweren kann.<sup>148</sup> Deshalb werden nachfolgend einige zentrale Grenzbereiche aufgezeigt werden.

### 5.2 Kontroll- und Überwachungsinstanzen

Kontroll- und Überwachungsinstanzen haben die Möglichkeit, die von der Konzernleitung durchgeführte Konzernabschlusspolitik zu kontrollieren und ggf. zu korrigieren und zu ändern. Als *Kontroll- und Überwachungsinstanzen* kommen für die im Rahmen

---

<sup>145</sup> Vgl. Klein, Konzernbilanzpolitik, 1989, S. 109. Eine bilanzpolitische Maßnahme, die bewusst gegen eine Rechtsnorm verstößt, kann auch als „*illegale Praktik*“ bezeichnet werden. Vgl. Bitz/Schneeloch/Wittstock/Patek, Jahresabschluss, 2014, S. 679.

<sup>146</sup> Vgl. Klein, Konzernbilanzpolitik, 1989, S. 109. Mit Blick auf illegale Handlungen sei auf Schilit/Perler, FINANCIAL STATEMENT FRAUD, 2010 und Zack, FINANCIAL STATEMENT FRAUD, 2013 verwiesen.

<sup>147</sup> Vgl. Lüdenbach/Hoffmann/Freiberg (Hrsg.), Haufe IFRS-Kommentar, 2015, § 24, Rz. 43.

<sup>148</sup> Vgl. Klein, Konzernbilanzpolitik, 1989, S. 109.

dieser Arbeit betrachteten Unternehmen im Wesentlichen drei in Betracht. Diese sind der *Aufsichtsrat*, der *Abschlussprüfer* und das *Enforcement*.<sup>149</sup>

Grundsätzlich wird der Vorstand einer Aktiengesellschaft gem. § 111 Abs. 1 AktG vom *Aufsichtsrat* überwacht. Nach § 171 Abs. 1 AktG gehört zur begleitenden Überwachung durch den Aufsichtsrat die gesetzliche Pflicht zur Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lageberichtes. Implizit hat der Aufsichtsrat damit eine Prüfung im Hinblick darauf durchzuführen, ob der Vorstand bei der Aufstellung des Konzernabschlusses den Einsatz der Aktionsparameter der Konzernabschlusspolitik am Unternehmensinteresse ausgerichtet hat.<sup>150</sup> Die Pflicht zur Prüfung beinhaltet sodann auch die Möglichkeit, die eingesetzten Aktionsparameter der Konzernabschlusspolitik ggf. zu ändern.

Börsennotierte Kapitalgesellschaften sind nach § 316 Abs. 1 HGB verpflichtet, ihre Einzel- und Konzernabschlüsse durch einen *Abschlussprüfer* prüfen zu lassen.<sup>151</sup> Dem Abschlussprüfer kommt damit eine Kontroll- und Korrekturfunktion zu.

Neben der handelsrechtlich in § 316 Abs. 1 HGB kodifizierten Abschlussprüfung existiert gem. § 342b HGB das *Enforcement-Verfahren*.<sup>152</sup> Der Ablauf des Enforcement-Verfahrens ergibt sich aus § 342b HGB. Im Rahmen der Prüfung wird von der DPR grundsätzlich geprüft, ob die IFRS normenkonform und richtig angewendet wurden. Die im Rahmen von stichproben- oder anlassbezogenen Prüfungen gewonnenen Prüfungsergebnisse werden von der DPR an das BaFin berichtet. Hauptsächlich werden Stichprobenprüfungen durchgeführt.<sup>153</sup> In Abhängigkeit von der Fehlerfeststellung ordnet

---

<sup>149</sup> Aus Vereinfachungsgründen beziehen sich die nachfolgenden Ausführungen auf die Rechtsform der Aktiengesellschaft (AG).

<sup>150</sup> Vgl. Tebben, Vergütungsanreize, 2011, S. 14 f.

<sup>151</sup> Um die Qualität der Abschlussprüfung zu erhöhen, hat die EU-Kommission am 17.12.2013 eine vorläufige Einigung zur Pflichtrotation von Abschlussprüfern in Unternehmen von öffentlichem Interesse, zu denen auch die im Rahmen der Untersuchung betrachteten börsennotierten Gesellschaften gehören, ausgesprochen. Mit dem „*Trilogverfahren*“ will die EU-Kommission die Unabhängigkeit der Abschlussprüfer u. a. durch eine pflichtgemäße Abschlussprüferrotation in einem Zeitraum von 10 Jahren stärken. Vertiefend hierzu s. Köhler/Herbers, Implikationen, 2014, S. 183-188.

<sup>152</sup> Zum Vergleich zwischen Abschlussprüfungsverfahren und Enforcementverfahren s. Zülch/Höltken/Beyhs, Rahmenbedingungen, 2014, S. 73-77. Das Enforcementverfahren ist in Deutschland zweistufig gestaltet. Vgl. Bohl u. a. (Hrsg.), Beck'sches IFRS-Handbuch, 2013, § 1, Rz. 75 ff. Neben einer privatrechtlich organisierten Prüfstelle ist die BaFin in dieses Verfahren eingebunden. Die Aufgaben der Prüfstelle in diesem Zusammenhang nimmt seit 01.07.2005 die *Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung DPR e. V. (DPR)* wahr.

<sup>153</sup> Vgl. Theile in: Heuser/Theile (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 147, S. 47.

das BaFin die Veröffentlichung der Fehlerfeststellung bei Akzeptierung durch das geprüfte Unternehmen in Übereinstimmung mit § 37q WpHG an. Bei fehlender Zustimmung zur Veröffentlichung der Fehlerfeststellung vom geprüften Unternehmen übernimmt das BaFin auf zweiter Ebene das Enforcement-Verfahren und bringt dieses in Form eines ordentlichen Verwaltungsverfahrens zu Ende.<sup>154</sup>

Das Enforcement-Verfahren verstärkt letztlich damit noch einmal die *Kontroll- und Korrekturfunktion* des Abschlussprüfers bei der Abschlussprüfung.<sup>155</sup>

### 5.3 Stetigkeitsgebot

Der Einsatz von Aktionsparametern kann aufgrund des Stetigkeitsgebotes nicht willkürlich erfolgen. Vielmehr ist bei Ausübung der Konzernabschlusspolitik das Stetigkeitsgebot zu beachten. In den internationalen Rechnungslegungsstandards ist ein „*umfangreiches Stetigkeitsgebot*“<sup>156</sup> kodifiziert. Dieses umfasst die *Darstellungstetigkeit* und die *Stetigkeit der Rechnungslegungsmethoden*. In der Literatur wird noch ein weitergehendes Stetigkeitsgebot formuliert, und zwar die *Konsolidierungsmethodenstetigkeit*.<sup>157</sup>

---

<sup>154</sup> Fehlerveröffentlichungen können auf den Internetseiten des Bundesanzeigers eingesehen werden. Vgl. Bundesanzeiger, Fehlerbekanntmachung, 2015.

<sup>155</sup> Eine empirische Untersuchung von *Berger/Pasch* belegt, dass seit Einführung des Enforcement-Verfahrens die Anzahl kapitalmarktorientierter Unternehmen deutlich gesunken ist. Am 01.07.2005 betrug die Anzahl kapitalmarktorientierter Unternehmen in Deutschland (einschließlich ausländischer Gesellschaften) noch 1.253; am 01.07.2012 jedoch nur noch 825. Um Zugänge bereinigt ging die Grundgesamtheit kapitalmarktorientierter Unternehmen um 34 % zurück. Die Vermutung liegt nahe, dass einige Unternehmen sich der Rechnungslegungskontrolle durch die DPR entziehen wollten. Vgl. *Berger/Pasch*, Kapitalmarktorientierte Unternehmen, 2013, S. 384. Gemeinschaftliche empirische Untersuchungen von *PWC* und dem *Deutschen Aktieninstitut e. V. (DAI)* belegen, dass sich die betroffenen Unternehmen weitgehend auf diese Prüfungen – nicht zuletzt wegen Reputationsverlust aufgrund veröffentlichter Fehlerbekanntmachungen – vorbereiten. Vgl. *PWC/DAI* (Hrsg.), Bilanzkontrolle, 2013, S. 10. In diesem Zusammenhang nutzen die Unternehmen beispielsweise den von *PWC* herausgegebenen Leitfaden, s. hierzu *PWC* (Hrsg.), *Enforcement Planner*, 2014. Auch die von der *Europäischen Wertpapieraufsichtsbehörde European Securities Markets Authority (ESMA)* herausgegebenen Reviews zur Bilanzierungspraxis sowie die auf der *European Enforcers Coordination Sessions (EECS)* Datenbank der *ESMA* zur Verfügung gestellten Entscheidungen von europäischen Enforcern dient der Untersuchung von *PWC* und dem Deutschen Aktieninstitut zufolge der Vorbereitung von DPR Prüfungen. Vgl. *PWC/DAI* (Hrsg.), Bilanzkontrolle, 2013, S. 10. Mit Blick auf einen beispielhaften einschlägigen Review s. *ESMA*, 2014/643, 2014 und zu den Entscheidungen europäischer Enforcer s. *ESMA*, 2014/1377, 2014.

<sup>156</sup> Theile in: *Heuser/Theile* (Hrsg.), IFRS Handbuch, 2012, Rz. 281, S. 92.

<sup>157</sup> Vgl. *Busse von Colbe/Ordeltz/Ordeltz/Gebhardt/Pellens*, Konzernabschlüsse, 2010, S. 50.

Die *Darstellungstetigkeit* ist in IAS 1.45 geregelt. Sie besagt, dass ein Unternehmen die Darstellung und den Ausweis von Posten von einer Periode bis zur nächsten Periode grundsätzlich beibehalten muss, wenn nicht

- a) aufgrund einer grundlegenden Änderung des Tätigkeitsfeldes oder einer Überprüfung der Darstellung des Abschlusses sich zeigt, dass eine geänderte Darstellung zu einer besseren Darstellung führt oder
- b) ein anderer IFRS eine geänderte Darstellung vorschreibt.

Die *Stetigkeit der Rechnungslegungsmethoden* ist in IAS 8.13 geregelt. Dieser Vorschrift nach hat ein Unternehmen seine Rechnungslegungsmethoden für ähnliche Geschäftsvorfälle, sonstige Ereignisse und Bedingungen stetig auszuwählen und anzuwenden. Eine Ausnahme von diesem Grundsatz besteht für den Fall, dass ein anderer IFRS explizit etwas anderes vorschreibt.

Der *Grundsatz der Konsolidierungsmethodenstetigkeit*, der sich aus dem *Grundsatz der Darstellungstetigkeit* und aus dem *Grundsatz der allgemeinen Vergleichbarkeit von Abschlüssen* nach IAS 1.38 ableiten lässt, fordert grundsätzlich eine stetige Anwendung der konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Bestehende Wahlrechte und Ermessensspielräume im Hinblick auf die Einbeziehung von Tochterunternehmen sowie bei der Kapital-, der Schulden-, der Aufwands- und Ertragskonsolidierung und der Zwischenerfolgseliminierung sind zum Konzernabschlussstichtag intertemporal gleichbleibend auszuüben.<sup>158</sup>

#### 5.4 Tatsächliche Verhältnisse und wirtschaftliche Betrachtungsweise

Nach IAS 1.15 haben Abschlüsse grundsätzlich ein den tatsächlichen Verhältnissen des Unternehmens entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage zu vermitteln. Hierunter wird das *Gebot der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes (fair presentation)* verstanden.<sup>159</sup> Diesem Gebot muss ein Konzernabschluss unter Einsatz von Aktionsparametern ebenfalls gerecht werden.

---

<sup>158</sup> Vgl. Busse von Colbe/Ordeltz/Ordeltz/Pellens, Konzernabschlüsse, 2010, S. 50.

<sup>159</sup> Vgl. Hinz in: Böcking u. a. (Hrsg.), Beck'sches HdR, 2015, B 106, Rz. 64. Im Vergleich zum deutschen Handelsrecht ist das Gebot der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes in den IFRS nicht als vorrangig vor den Bestimmungen in den Einzelnormen anzusehen. Vgl. Hinz in: Böcking u. a. (Hrsg.), Beck'sches HdR, 2015, B 106, Rz. 2, 53 und 69. Anzumerken ist, dass das Gebot der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes ebenfalls im RK 46 verankert ist.

Bei Ausübung der Konzernabschlusspolitik ist darüber hinaus der *Grundsatz der wirtschaftlichen Betrachtungsweise (substance over form)* zu beachten. Dieser Grundsatz ist kodifiziert im RK 35 und besagt, dass Geschäftsvorfälle nach ihrem tatsächlichen wirtschaftlichen Gehalt und nicht nur auf Basis ihrer rechtlichen Gestaltung bilanziert und dargestellt werden müssen. Dem Grundsatz der wirtschaftlichen Betrachtungsweise ist vor allem beim Einsatz eines Aktionsparameters Beachtung zu schenken. Wird der Grundsatz der wirtschaftlichen Betrachtungsweise durch den Einsatz eines Aktionsparameters missachtet, so ist dessen Rückgängigmachung notwendig. Diese kann im Rahmen der Abschlussprüfung spätestens jedoch im Rahmen eines Enforcement-Verfahrens gefordert werden.

### 5.5 Planungszeitraum und unsichere Erwartungen

Die Eingrenzung eines Planungszeitraumes ist eine notwendige Bedingung, um die Voraussetzungen zur Analyse von konzernspezifischen Aktionsparametern und die Voraussetzungen für die zielgerichtete Gestaltung zu schaffen.

Der Planungszeitraum ist der Zeitraum, der für die Anwendung bzw. den zielgerichteten Einsatz der Aktionsparameter zugrunde gelegt wird. Als kleinste Einheit des Planungszeitraumes wird ein Jahr gewählt, da dieser Zeitraum üblicherweise den Zeitraum darstellt, innerhalb dessen der nächste Konzernabschlusstag fällt. Vor dem Hintergrund der Unternehmensfortführung liegt der Konzernabschlusspolitik grundsätzlich ein unendlicher Planungszeitraum zugrunde.

Die Untersuchung der Wirkungen und des zielgerichteten Einsatzes von Aktionsparametern wird einem begrenzten Planungszeitraum unterworfen. Betrachtet werden im Fortgang der *Erst-* sowie der *erste Folgekonsolidierungszeitpunkt*. Diese Eingrenzung erfolgt deshalb, weil davon Abstand genommen wird einen konkreten Einzelfall zu betrachten für den detaillierte Aussagen über Wirkungen zu allen Folgekonsolidierungszeitpunkten getroffen werden können.

Den Aktionsparameteranalysen stehen Planungsunsicherheiten gegenüber. Diese Planungsunsicherheiten können sich beispielsweise in zukünftigen Normenänderungen ausdrücken. Soweit die Konzernleitung über zukünftige Änderungen Kenntnis erlangt hat, ist die Einbeziehung dieser in die Aktionsparameteranalyse und auch in die zielgerichtete Gestaltung notwendig.



Konzernabschlusspolitik nach IFRS

Eine Analyse konzernspezifischer Aktionsparameter

Verhofen, V.

2016, XXXVII, 385 S. 14 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-15968-9